beiterpartei" sind 31 Mitglieder angeklagt. — Ungarn will, wie jeder zivilisierte Staat, nur noch seelenlose Sklaven dulden.

Proletarier erschlagen. Bei einer Gasolin-Explosion auf dem englischen Dampfer „Essexisles" in Mexiko sollen 37 Hafenarbeiter ums Leben gekommen sein.

Auf der Castellengogrube in Beuthen O.-Schl. stürzte der Förderkorb 120 Meter tief in den Schacht. Zwei Bergleute waren sofort tot.

Der Tarif der Metallhilfsarbeiter in Berlin wurde durch Schiedsspruch und ohne Lohnerhöhung bis zum 31. März verlängert, von wegen der Wirtschaftsdemokratie.

Das erste britische Kreuzergeschwader hat den Befehl erhalten, nach Schanghai in See zu gehen. Es besteht aus 5 Kreuzern nebst Lazarettschiff und tausend Mann Besatzung.

Die „roten" Gewerkschaften*)

Zu den Problemen der proletarischen Revolution bemerkt Anton Pannekoek in seiner Broschüre „Weltrevolution und kommunistische Taktik" unter anderem:

„Der O p p o r t u n i s m u s schließt nicht notwendig eine sanfte, friedfertige, entgegenkommende Haltung und Sprache im Gegensatz zu einer dem Radikalismus gehörenden schärferen Tonart ein; im Gegenteil verbirgt sich der Mangel an prinzipieller klarer Taktik nur zu oft hinter rabiaten, kräftigen Worten; und es gehört gerade zu seinem Wesen, in revolutionären Situationen auf einmal alles von der großen revolutionären Tat zu erwarten. Sein Wesen ist, immer nur das Augenblickliche, nicht das Weiterabliegende zu berücksichtigen, an der Oberfläche der Erscheinungen zu haften, statt die bestimmenden tieferen Grundlagen zu sehen. Wo die Kräfte zur Erreichung eines Zieles nicht sofort ausreichen, ist es seine Tendenz, nicht diese Kräfte zu stärken, sondern auf anderem Wege, auf Umwegen, das Ziel zu erreichen. Denn das Ziel ist der augenblickliche Erfolg, und dem opfert er die Bedingungen künftigen, bleibenden Erfolges. Er beruft sich darauf, daß es doch oft möglich ist, durch Verbindung mit anderen „fortschrittlichen" Gruppen, durch Konzessionen an rückständige Anschauungen die Macht zu gewinnen, oder wenigstens den Feind, die Koalition der kapitalistischen Klassen zu spalten und damit günstigere Kampfbedingungen zu bewirken. Es stellt sich dabei jedoch immer heraus, daß diese Macht nur eine Scheinmacht ist, eine persönliche Macht einzelner Führer, nicht die Macht der proletarischen Klasse und daß dieser Widerspruch nur Zerfahrenheit, Korruption und Streit mit sich bringt .... Nur was an Klarheit, an Einsicht, an Geschlossenheit, an Selbständigkeit der Massen gewonnen wird, hat einen bleibenden Wert als Fundament der weiteren Entwicklung zum Kommunismus."

Diese Worte eines revolutionären Marxisten treffen voll und ganz zu auf die außerhalb der Amsterdamer Internationale stehenden „radikalen" Gewerkschaften der Weyer, Schumacher, Kaiser usw., deren politische Halbheit in mehreren Dezember-Nummern der „KAZ." zur Genüge beleuchtet worden ist.

Die „roten" Verbände wollen gewiß alle den Sturz des Kapitalismus, den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Doch sie geben eine wohl radikal klingende, aber dennoch im Grunde reformistische Antwort auf die Kardinalfrage: welcher Weg zu diesem Ziele führt, welche Kampfmittel dazu benötigt werden. Die Mitglieder der Weyer-, Schumacher-, Kaiser- und Schmidtke-Verbände mögen sich noch so hermetisch abschließen gegenüber der KAP. und AAU., — sie kommen doch nicht um die Aufgabe herum, immer wieder zu den Lebensfragen der proletarischen Revolution Stellung zu nehmen. Die aus dem kapitalistischen Kreislauf sich ergebenden politischen wirtschaftlichen Situationen zwingen sie einfach dazu, die Taktik ihrer Organisaton erneuten Prüfungen zu unterzehen. Und je öfter dieser Aufgabe ausgewichen oder dieselbe nur halb gelöst wird, desto widerspruchsvoller und unhaltbarer muß die politische Stellung der „selbständigen" Verbände im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit werden.

Unabhängig also von der Existenz der AAU. und KAP. müssen die Proletarier der „roten" Verbände erkennen: um die Axt an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft setzen zu können, gilt es rücksichtslos zu brechen mit den Methoden und Formen der zu Bollwerken der Konterrevolution erstarrten Berufsorganisationen und parlamentarischen Parteien. Der heute untauglichen reformistischen Politik muß in jeglicher Gestalt der unversöhnlichste Kampf angesagt werden, wenn die revolutionäre Klassenpolitik des Proletariats über den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbetrug und -verrat triumphieren soll. Parlamentarismus, Tarifpolitik und Betriebsräte sind als konterrevolutionär abzulehnen, weil sie die Proletarier in kapitalistische Gesetzesfesseln schlagen und dadurch die Arbeiterklasse zur Ohnmacht gegenüber der Bourgeoisie verdammen.

Da die größte Konfusion z. B. des „Deutschen Industrie-Verbandes" in der Frage des Parlamentarismus besteht, sei zur Ergänzung der bereits gemachten Ausführungen in den früheren Artikeln über diesen wichtigen Punkt noch folgendes gesagt: Daß der Parlamentarismus als Regierungssystem nicht zur Selbstregierung der Arbeitermassen taugt und deshalb dem proletarischen Rätesystem weichen muß, dürfte wohl nicht mehr näher begründet werden brauchen. Wie aber steht es mit der Benutzung des Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat? „Als solches ist der Parlamentarismus die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst eine untergeordnete Rolle spielen. Seine Praxis besteht darin, daß Abgeordnete, einzelne Personen, den wesentlichen Kampf führen; es muß dies daher bei den Massen die Illusion wecken, daß andere den Kampf für sie führen können. Früher war es der Glauben, die Führer könnten für die Arbeiter wichtige Reformen im Parlament erzielen; oder gar trat die Illusion auf, die Parlamentarier könnten durch Gesetzbeschlüsse die Umwälzung zum Sozialismus durchführen. Heute, da der Parlamentarismus bescheidener auftritt, hört man als Argument, im Parlament könnten die Abgeordneten Großes für die Propaganda des Kommunismus leisten. (KPD.-Führer gaben auch als Grund an, „die Kommunisten müssen ins Parlament gehen, um die Arbeiter von der Nutzlosigkeit des Parlaments zu überzeugen". Aber man geht doch nicht einen falschen Weg, um anderen zu zeigen, daß er falsch ist, sondern geht lieber sofort den richtigen Weg.) Immer fällt dabei das Hauptgewicht auf die Führer und es ist selbstverständlich dabei, daß Fachleute die Politik bestimmen — sei es auch in der demokratischen Verkleidung der Kongreßdiskussionen und Resolutionen —; die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine Kette vergeblicher Bemühungen, die Mitglieder selbst ihre Politik bestimmen zu lassen. Wo das Proletariat parlamentarisch kämpft, ist das alles unvermeidlich, solange die Massen noch keine Organe der Selbstaktion geschaffen haben, also, wo die Revolution noch kommen muß. Sobald die Massen selbst auftreten, handeln und dadurch bestimmen können, werden die Nachteile des Parlamentarismus überwiegend. Das P r o b l e m d e r T a k t i k ist, wie in der proletarischen Masse die t r a d i t i o n e l l e b ü r g e r l i c h e D e n k w e i s e a u s z u r o t t e n ist, die ihre Kraft lähmt. Alles, was die überlieferte Anschauung neu stärkt, ist von Uebel. Der züheste, festeste Teil dieser Denkweise ist ihre Unselbständigkeit Führern gegenüber, denen sie die Entscheidung allgemeiner Fragen, die Leitung ihrer Klassenangelegenheiten überläßt. **Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu hemmen.** Mögen da schöne Reden zur Weckung der revolutionären Tat gehalten werden, so entspringt das revolutionäre Handeln nicht solchen Worten, sondern nur der harten, schweren Notwendigkeit, wenn keine andere Wahl mehr bleibt." (Pannekoek.) Das konterrevolutionäre Wesen des Parlamentarismus mit seinem die revolutionäre Aktivität erdrückenden Uebergewicht der Berufsführer über die Arbeitermassen noch mehr zu beleuchten, dürfte wohl überflüssig sein.

Die Mitglieder — wenn auch nicht die Führer — der „selbständigen" Verbände mögen sich dessen bewußt sein, daß sie zu allen, mit dem proletarischen Befreiungskampf zusammenhängenden Fragen unzweideutig Stellung nehmen müssen. Und darunter auch zu Rußland. So Großes und Unvergängliches auch die russische Oktoberrevolution geleistet hat, — so darf doch dem Proletariat nie und nimmer die geschichtliche Wahrheit verschwiegen werden: daß zwischen dem Rußland von 1917 und dem NEP.-Staat ein gewaltiger Unterschied besteht, daß das Rußland von heute als eine agrarkapitalistische Republik nicht mehr der Hort der Weltrevolution ist. Wer, wie der „Deutsche Industrie-Verband" eine politische Kampfstellung gegenüber NEP.-Rußland und seinen leninistischen Arbeiterbetrügern als „wüste Hetze gegen das russische Proletariat" ablehnt — trotz der Feststellung, „daß von einer sozialistisch-kommunistischen Wirtschaftsweise in Rußland nicht mehr gesprochen werden kann", der ist wohl allenfalls ein Kuppler der Wahrheit über Rußland, aber nie ihr Liebhaber. Eine Organisation mit solcher sonderbaren politischen Konsequenz muß dann anläßlich der Enthüllungen über die russischen Munitionslieferungen für die deutsche Reichswehr zu folgendem sonderbaren Standpunkt gelangen: „Für das revolutionäre Proletariat kommt es nicht so sehr darauf an, von wem die Munition geliefert ist, mit der die Konterrevolution die Interessen des Kapitals schützt, als vielmehr darauf, wer der Konterrevolution die Gelegenheit gibt, überhaupt ihr Haupt emporrecken zu können." (Organ des DIV., Nr. 50 v. 1926.) — Die Arbeiter des DIV. sind verpflichtet, selbst Antwort auf die Frage zu geben, ob „es nicht so sehr darauf ankommt", wenn der „erste Arbeiterstaat" mit der deutschen Konterrevolution in Waffenbrüderschaft steht bzw. gestanden hat.

Daß die, trotz rabiater kräftiger Worte, noch im Schlepptau der reformistischen Illusionspolitik segelnden „roten" Verbände zu jenen Faktoren gehören, welche die erst geringen proletarischen Antriebskräfte der kommunistischen Revolution nicht stärken, sondern ungeheuer schwächen, dies werden — wie wir überzeugt sind — auch einmal ihre politisch fortgeschrittensten Mitglieder als bittere Tatsache erkennen müssen. Und sie werden sich dann besinnen auf jenen alten marxistischen Erfahrungssatz, den Pannekoek wie folgt formuliert hat: „Die Macht, die die Bourgeoisie in der jetzigen Periode noch besitzt, ist die geistige Abhängigkeit und Unselbständigkeit des Proletariats. Die Entwicklung der Revolution ist der Prozeß der Selbstbefreiung des Proletariats aus dieser Abhängigkeit, aus der Tradition vergangener Zeiten — was nur durch die eigene Kampferfahrung möglich ist. Wo der Kapitalismus schon alt ist und daher auch der Kampf der Arbeiter gegen ihn schon einige Generationen umfaßt, mußte das Proletariat in jeder Periode Methoden, Formen und Hilfsmittel des Kampfes aufbauen, der jeweiligen Entwicklungsstufe des Kapitalismus angepaßt, die bald nicht mehr in ihrer Realität, als zeitlich beschränkte Notwendigkeiten gesehen, sondern als bleibende, absolut gute, ideologisch verhimmelte Formen überschätzt und daher später zu Fesseln der Entwicklung wurden, die gesprengt werden müssen. Während die Klasse in stetiger rascher Umwälzung und Entwicklung begriffen ist, bleiben die Personen der Führer auf einer bestimmten Stufe stehen, als Exponenten einer bestimmten Phase, und ihr mächtiger Einfluß kann die Bewegung hemmen. Aktionsformen werden zu Dogmen und Organisationen werden zum Selbstzweck erhoben, wodurch eine neue Orientierung und Anpassung an neue Kampfbedingungen erschwert wird. Das gilt auch jetzt noch; **jede Entwicklungsstufe des Klassenkampfes muß die Tradition voriger Stufen überwinden, um ihre eigenen Aufgaben klar erkennen und lösen zu können,** — nur, daß jetzt die Entwicklung in viel rascherem Tempo vor sich geht. So wächst die Revolution im Prozeß des inneren Kampfes. Aus dem Proletariat selbst wachsen die Widerstände auf, die es überwinden muß. Indem es sie überwindet, überwindet das Proletariat seine eigene Beschränktheit und wächst auf zum Kommunismus."

Wenn die Arbeiter der „selbständigen" Verbände den tiefen gesellschaftspolitischen Sinn dieser Worte erkennen, werden sie auch die physische und geistige Kraft gewinnen, um aus den sumpfigen Niederungen des Opportunismus herauszustürmen auf das felsige Plateau des kompromißlosen proletarischen Klassenkampfes der kapitalistischen Niedergangsepoche.

*) Siehe auch die früher erschienenen Artikel „Zur Frage der ‚roten' Verbände".

Die revolutionäre Presse
ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.
Kein Preis darf zu hoch sein
um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.
Unterstützt die „KAZ."
durch Sammlungen für den Pressefonds, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr
für die Revolution!

Aus der Bewegung

Des Verrats überführt

Die Wahrheit über die „Sowjetgranaten".

Mit diesem Thema veranstaltete die „Entschiedene Linke" in Berlin in den Pharussälen eine öffentliche Massenversammlung. Leider erwies sich der Saal als viel zu klein, um die Massen fassen zu können. Viele mußten wieder umkehren.

Mit großem Tamtam verlangte die KPD. ein „Korreferat". Sie wurde dahin belehrt, daß sie ihre Mätzchen unterlassen solle, und die Versammlung es begrüßen wird, wenn sie sich von dem ungeheueren Vorwurf rechtfertigen könne; doch dazu braucht man kein „Korreferat", wo dem Vertreter der KPD. unbeschränkte Redezeit zur Verfügung stünde. Als die Unentwegten fortfuhren, ihren „Kampf" in Geschäftsordnungsfaxen zu kleiden, um so einer wirklichen Diskussion auszuweichen, belehrte sie die Abstimmung darüber, daß 80 Prozent der Versammlung diese Schiebung durchschaute, und ihr „Korreferat" ablehnte mit der Begründung, daß sie ja in der Diskussion ihr „Korreferat" halten könnten.

Die Diskussion brachte dann auch die nötige Aufklärung. Die Aufgabe, die KPD.-Zentrale zu verteidigen, übernahm nun ein gewisser Begler, Redakteur der „Roten Fahne". Seine Taktik bestand darin, eine Wald- und Wiesenrede zu halten und auf die Dokumente des Referenten erst gar nicht einzugehen. Aber gerade diese Tatsache brachte den schlüssigen Beweis, daß die Zentrale der KPD. die Bewaffnung der Reichswehr durch den „Arbeiterstaat" nicht abstreiten kann, was ungeheuer ernüchternd wirkte, denn die Versammlung erwartete mit Spannung, was wohl die KPD.-Zentrale zu sagen habe. Sie mußte sich überzeugen, daß sie n i c h t s zu sagen hatte. Ein Genosse der KPD., der bis dato jede Opposition bekämpfte, nagelte diese Bestätigung fest, und erklärte, daß ihn der Vertreter der Zentrale überzeugt habe, daß die KPD. für das revolutionäre Proletariat verloren, und er dieser Partei keine Stunde länger angehören könnte. — Trotzdem von vornherein angekündigt war, diese Versammlung mit allen Mitteln zu verhindern (durch die Rollkommandos des RFB.), tobte nur ein Häuflein am Ende des Saals mit der Absicht, die in Bereitschaft stehende Schupo zum Eingreifen zu veranlassen, um so die Tatsache, daß die Versammlung unter dem Schutz der Schupo tagte, in der bekannten demagogischen Weise auszuschlachten. Sie wurden in großem Bogen aus der Versammlung geworfen, und als darauf prompt die Schupo erschien, brach der Referent sein Schlußwort ab, und der Versammlungsleiter schloß die Versammlung, deren Verlauf durch das Referat und die Diskussion, in der auch die Genossen der KAPD. sprachen, für jeden anwesenden Proletarier Klarheit brachte. Natürlich wird die „Rote Fahne" auch diele Versammlung totschweigen, aber — gerade dadurch wird sie den in dieser Versammlung anwesenden Arbeitern erneut bestätigen, daß ihre „Politik" nur noch darin besteht, im Trüben zu fischen.

Aus der Partei

Die Lebenden an die Toten

Die in den letzten Nummern der „KAZ." angekündigte Veranstaltung war ein Fortschritt in jeder Beziehung. Der große Saal „Prachtsäle am Märchenbrunnen", der über tausend Menschen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zum ersten Male seit vielen Jahren waren viele Genossen der KPD. am Todestage von Rosa und Karl bei dem „Häuflein". Man muß brücksichtigen, daß der Eintritt (Eine Mark) reichlich hoch bemessen ist, weil eben die Kundgebung zu einem Opfertag für den revolutionären Kampf im Sinne der Toten und für die politischen Gefangenen werden mußte, ferner, daß der Donnerstag ungünstig war, weil die Konterrevolution, die SPD. und KPD. Sonnabend und Sonntag unzählige Leichenschändungen beginge, indem sie ebenfalls Luxemburg und Liebknechtfeiern veranstalteten! Dazu kommt noch die ungeheure Arbeitslosigkeit.

Auch inhaltlich war die Veranstaltung ein Fortschritt. Man konnte sich bei den letzten Veranstaltungen nicht des peinlichen Gefühls erwehren, daß die Darbietungen etwas von oben herab serviertes, die Massen die Nur-Hörer, die Darsteller überwiegend Nur-Darsteller waren. Der Sprechchor der freien Volksbühne hat durch seine aus den Massen selbst herauswachsende Arbeit viel dazu beigetragen, diesen Kontrast zu überwinden. Dadurch wurde auch der Rede, die darauf folgte, viel von ihrer sonst anhaftenden „Feierlichkeit" genommen. Sie war nicht mehr überwiegend „Programmpunkt", sondern wurde zur Sprache der Massen selbst. Sie grub sich in ihrer zwingenden Logik in die Hirne und traf wiederum den Redner. Das schließt nicht aus, auszusprechen, daß der Genosse auch persönlich gab, was in dieser Zeit überhaupt möglich war, sowohl von Inhalt als auch im Bau. Dieser Kontakt blieb auch gewahrt während der Gesangsvorträge des Berliner Uthmann-Chors. Der Text selbst war gut dem Gesamtrahmen angepaßt; die Reihenfolge der Darbietungen glücklich kombiniert. Die Rezitationen eines Mitgliedes des Sprechchors wirkten — vielleicht ist es eine Voreingenommenheit, aber es soll deren auch solche geben die nicht von Schaden sind — deswegen gut, weil man das angenehme Gefühl hatte, daß er einer von vielen war, der das für uns genau so wirksam konnte, wie der eingeübte Spezialist. Vielleicht läßt sich in Zukunft auch die Musik besser mit der „Massenaktion" im Saale verbinden. Es braucht ja nicht immer die feierliche Orgel sein.

Manchmal erwachte das bei den deutschen Arbeitern auch so seltene — Temperament. So z. B. nach den Darbietungen des Sprechchors, als auch nach der Rede. Es soll nicht verkannt werden, daß es gewohnheitsmäßige Beifallsklatscher gibt, aber — es gibt auch Proletarier, die nicht nur Verstandesmaschinen sind, und denen die gesprochenen Worte ins Herz gehen. Wenn sie ihrem gepreßten Herzen durch irgend welche Beifallsäußerungen Luft machen und ein empörtes „Pst" als Protest gegen die Störenfriede der Andacht sie zur Ordnung ruft, möchte man wünschen, daß ein ohrenbetäubender Temperamentsdurchbruch die demonstrierte Temperamentlosigkeit andächtiger Spießer zu Boden wirft. Das wäre dann doch nur der Beweis, daß die Proletarier schon an Kleinigkeiten beweisen, daß die Massenaktion auf die Polizei pfeift.

Alles in allem war der Verlauf ein guter Lohn für die Genossen, die die Kundgebung vorbereiteten.

Mitteilungen

Postbezieher,

welche Beschwerden über die **Belieferung** der Zeitung, Bücher, Zeitschriften usw. haben, werden ersucht, dieselben in Zukunft nur nach der

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, gelangen zu lassen.

Zentralausschußsitzung.

Die Sitzung findet am Sonnabend, den 29. Januar, abends 7 Uhr, und Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, statt. Tagungsort und Lokal wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Der G.H.A.

Quartiere!

Genossen! Zu der demnächst stattfinden Zentralausschuß-Sitzung werden noch dringend Quartiere benötigt. Ihr müßt diese umgehend bei den Bezirks-Führern bekannt geben.

G.H.A.

Achtung! Groß-Berlin.

M i t t w o c h, den 26. Januar 1927, abends 7,30 Uhr

kombinierte Funktionär-Versammlung

in den C o n c o r d i a - F e s t s ä l e n, Andreasstraße. Fortsetzung des Referats vom 15. 12. 26. — Das Erscheinen aller Partei- und Unionsfunktionäre ist notwendig.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: K a r l S[illegible] Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O[illegible] — — — Vulkan-Wek, Berlin — —

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Jahrg. Nr. 6

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Januar 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Soc. Geschiedenis Amsterdam

Das Kapital greift an!

Wenn einer „Regierungsbildung auf breitester Basis" weiter nichts entgegenstehen würde, als die Verteilung der Posten unter die einzelnen Parteien, wäre die Krise längst „gelöst." Daß die „Schwierigkeiten" [illegible]st unüberwindlich erscheinen, ist eben der Beweis, daß dieser „Lösung" andere Schwierigkeiten entgegenstehen als solche der „Schlechtigkeit" einiger großen Führer des „Volkes". Der politische Ueberbau spiegelt, wenn auch verzerrt, die ökonomische Basis und ihre Krise wider. Der Klassengegensatz als Folge der Kapitalskrise zerreißt den politischen Nebel. Im imperialistischen Krieg ist die Zuflucht der herrschenden Klassen die „nationale Verteidigung". Die Wirtschaftskrise läßt die herrschenden Klassen zur „Regierung der bürgerlichen Parteien" greifen, die, wie ihr Heros verkünden läßt, auch „die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer zu wahren" haben. Ist dieser Gedanke in seiner Einfachheit nicht so genial, daß man sich wundern muß, daß er so spät erst geboren wird?

Er ist verteufelt einfach, — aber in einem ganz anderen Sinne. Die Partei der Vaterlandsverteidigung verrät es selbst ganz deutlich. Sie klagt mit einem Male die Parteien des „Bürgerblock" an, daß sie unter der Fuchtel der „k l a s s e n k ä m p f e r i s c h e n" deutschen Schwerindustrie stehen, und bekundet damit, wie abscheulich ihr selbst die Erinnerung an einen solch unmoralischen Gedanken ist. Hier steht sie träumend am Sterbebette der schwarz-rot-goldenen Demokratie und weint über die „demonstrative Ausschaltung", die fürderhin ihr Los sein soll. Und wenn nur nicht, so ist der Refrain ihres Stoßgebets, die „Außenpolitik" gefährdet wird, dann wird sie gefaßt der Regierungserklärung entgegensehen, von der sie ja nicht wissen kann im voraus, wie sie aussehen wird. Es ist wirklich jammerschade um eine solch harmlose veilchenblau-dumme Unschuld. Herrgott, ist das eine verruchte Welt!

Eine Welt, in der sich die Politik der kapitalistischen „Völkerverständigung" genau nach den kapitalistischen Profitgesetzen und Interessen bewegt. Die erreichte Etappe auf dem Marsche nach dem „Sozialismus, wohin wir blicken", schaltet die Partei, die in jedem Pakt des internationalen Kapitals zum Zwecke der Ausbeutung des internationalen Proletariats den „marschierenden Sozialismus" sieht, automatisch aus. Es ist eigentlich auch gar nicht mehr nötig, diesen Strick um den Hals der Arbeiterklasse als Sozialismus zu ver[illegible]mmeln. Die es bis heute, nach einer jahrelangen unverschämten und ungemein zynischen Propaganda noch nicht lernten, — die werden doch nicht zu belehren sein. Und wenn nun die „k l a s s e n k ä m p f e r i s c h e n Parteien das Erbe der Sozialdemokratie alleine vollenden wollen, so soll man auch hier ruhig rationalisieren. Wozu denn überflüssige Köche. In den „Völkerbund" läßt Mussolini, warum sollen die deutschen Nobelpreisträger nicht genügen? Das internationale Kapital wird einer Regierung der Rechtsparteien eben so wenig Schwierigkeiten machen, wie die Deutschnationalen der sozialdemokratischen Völkerverständigung. Im Gegenteil: In dem die Deutschnationalen „auf den Boden" dieser Politik treten, werden sie auch ganz offiziell die Verantwortung übernehmen. Der Unterschied zwischen der Außenpolitik der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten wird so groß und so klein sein, wie der zwischen Hindenburg und Ebert.

Hier eine ernsthafte Differenz zu vermuten kann nur den Arbeitern passieren, die sich von der „völkerbefreienden" die Weltanschauung von Max und Moritz als Marxismus aufschwätzen lassen. Die wirklichen Differenzen liegen viel näher. — **Der Hunger geht um!**

Das deutsche Kapital ist mitten in seiner „Rationalisierung" stecken geblieben. Die Wirtschaftsmaschine stößt schwer, und bewegt sich nur unter diesen Stößen noch vorwärts. In der Rationalisierung wächst eine riesige „unproduktive" Armee heran, deren, wenn auch vollkommene Verhungerungsration, die die Erwerbslosenunterstützung ist, trotzdem immer größere Summen verschlingt. Die Ausbeutungsmöglichkeiten sind aufs höchstmöglichste gesteigert. Das Ueberstundenunwesen hat einen nie gekannten Grad erreicht. Die Löhne befinden sich auf einem Niveau, das eine Steigerung der physischen Ausbeutung nicht mehr zuläßt. Trotzalledem ist die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht gebrochen. Das Kapital sieht keinen anderen Ausweg, als den, da zu „sparen", wo es vom kapitalistischen Standpunkt aus notwendig ist. Es will die „unproduktiven" Ausgaben in der „Sozialpolitik" aufs äußerste beschränken, weil sie zum großen Teil die Resultate der Rationalisierung aufzehren, um diese Ersparnisse dem Produktionskapital einzuverleiben. Es ist dies, — wie der Krieg die Politik mit anderen Mitteln ist — die Fortsetzung der Rationalisierung mit anderen Mitteln. **Ein neuer Sturm auf das Proletariat beginnt!**

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die die Rationalisierung genau so „notwendig" hielten wie den Krieg, nur immer möglichst „vernünftig", stehen vor ihrem eigenen Werk und rufen, wie weiland Wilhelm II.: „Das habe ich nicht gewollt". Wie sie sich während des imperialistischen Gemetzels heiser schrien nach dem „Frieden", so schreien sie sich heute heiser nach der „Demokratie". Aber sie werden nicht einen Deut abweichen von den Bahnen der kapitalistischen Notwendigkeit und Entwicklung. Ihre „Forderungen" sind eben so wenig ernst zu nehmen, wie die Scheidemannschen Phrasen am Vorabend der großen Meuterei, oder der verdorrten Hand. Ihre Phrasen und Forderungen sind dazu da, um die Massen zu verdummen, sie hinzuhalten, sie zu verwirren, zu spalten. Diese Rolle können sie auf zweierlei Art erfüllen. Einmal, in dem sie ihre „Forderungen" zur Bedingung erheben, die dann angenommen werden können zu dem Zweck, den Eintritt in die ganz „Große Koalition" zu rechtfertigen und dann nachdem selbverständlich auf dem Papier bleiben. — Oder sie werden abgelehnt, um eine „Opposition" zu rechtfertigen mit dem Ziel, die Massen abzulenken und sie wie den hungrigen Esel hinter einer Hand voll Heu herlaufen zu lassen, die ihm an das vorderste Ende der Deichsel gebunden ist. Aber die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften werden in jedem Falle alles tun, was zur „Gesundung" der kapitalistischen Wirtschaft notwendig ist. Diese „Gesundung" jedoch, das bedeutet grausamen, unerbittlichen Hungerkrieg gegen die Arbeiterklasse, und diesen in Permanenz und mit der unerbittlichen Tendenz der dauernden Verschärfung.

Das Kapital greift an, und seine Losung ist, wie im imperialistischen Krieg die: **Der grausamste Krieg ist der kürzeste!** Wenn das Proletariat fortfährt, den Grausamkeiten der kapitalistischen Klasse entgegenzusetzen den demokratischen Wunschzettel gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politikanten, wird es massenweise auf dem Schlachtfeld bleiben, und doch den kapitalistischen Karren nicht aus dem Dreck helfen können. Das Kapital greift an, und die Antwort muß sein:

Massenaktion! Revolution!

Rußland bewaffnet die Reichswehr?

lautet das Thema der am Donnerstag, d. 27. Januar 1927, abends 7,30 Uhr stattfindenden

Massenversammlung

Sophiensäle, Sophienstraße.

Proletarier, verlangt Rechenschaft!

KAPD. AAU.

Schlußakt der „Stabilisierung"

Zur Jahreswende hat die gesamte kapitalistische Presse in der üblichen Weise eine Jahresbilanz gezogen. Das Jahr 1926 war ein kritisches Jahr erster Ordnung. Im Herbst 1925 war die so lange künstlich zurückgedrängte und verzögerte Krise voll zum Durchbruch gekommen. Die FZ. gesteht in ihrem Rückblick, daß „die ganze Nachstabilisierungs-Periode trotz aller Uebertünchungen als eine einzige und einzigartige Krisenphase anzusehen ist". Sie vergißt aber nicht zu unterstreichen, daß die deutsche Wirtschaft mit Ende dieses Jahres nicht nur über den Berg gelangt ist, sondern sogar „den Schlußstrich unter die ökonomische Agonie (Todeskampf) unter jene verhängnisvolle Verirrung der wirtschaftlichen Kräfte, die mit dem Krieg begann und mit der Inflation keineswegs aufhörte, ziehen kann". Die Bourgeoisie atmet auf. Das Proletariat hat durchgehalten. Der Stabilisierungsversuch ist zu einer Stabilisierung geworden. Die Lüge vom kapitalistischen Aufbau, den sie 3 Jahre lang gepredigt und wider besseres Wissen verfochten hat, ist eine heilige Notlüge gewesen, zu der sie sich jetzt vor Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, bekennen kann. Das Proletariat kann ihr dafür dankbar sein, daß sie das Risiko der Verantwortung so freudig auf sich genommen und es nicht mit der Qual des Kampfes betätigt hat. Die Bilanz des Kapitals ist aber nicht die Bilanz des Proletariats. Wir können aber aus ihrer Bilanz ersehen, in welcher Form und auf wessen Kosten sich der bisherige Erfolg der Bourgeoisie aufbaut. Mit der Analyse der Vergangenheit müssen wir aber auch die zukünftige Entwicklung untersuchen, besonders ob der behauptete Schlußakt der Stabilisierungskrise nicht genau so eine Notlüge ist als der Begriff Stabilisierung überhaupt.

Der „Prozeß der Fehlleitung von Kapital und Arbeit ist liquidiert", sagt die Frankfurter Zeitung. Das weniger optimistische Berliner Tageblatt hält das Jahr 1926 und „ein Jahr vielversprechender Vorbereitungen", als trotz allem ein erfolgreiches Jahr. Fritz Naphtali, der Wirtschaftsprophet der SPD. und der Gewerkschaften, erklärt „angesichts der aufpeitschenden Zahl der Arbeitslosen es für frevelhaft, von einem Aufschwung, von einer funktionierenden Wirtschaft zu sprechen" und stellt „schwerste Störungserscheinungen" fest. Dagegen hält Varga, der Wirtschaftstheoretiker der 3. Internationale, den für einen Narren, der die sich zweifellos vollziehende Stabilisierung nicht sieht. Er sieht mehr die politische Festsetzung, die subjektive Entwicklung als den objektiven Stand der Wirtschaft mit seinen notwendigen dialektischen Auswirkungen. Die Einstellung der 3. Internationale, die in der Nepwirtschaft ihre Form der Stabilisierung hat, zwingt sie auch psychologisch den Weg des internationalen Kapitals zu gehen. Die Durchführung und das Bekenntnis zur Nepwirtschaft hat für sie zumindest eine Stagnierung der revolutionären Bewegung zur Voraussetzung. Diese ist aber ohne weiteres mit einem Rückgang identisch. Die Komintern wählt dafür die Formulierung zwischen zwei Wellen der Revolution. Die SPD. ist in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Kapitals viel skeptischer, weil für sie als reformistische Organisation, die den Staat nicht nur bejaht, sondern ihn als einzige Partei in aktivster Form stützen muß, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit die größte Gefahr bedeuten. Die Schattierungen zwischen der FZ. und dem BT. ergeben sich aus der Verschiedenheit der Kreise des Handels, die die Leserschar beider Blätter bilden. Das BT. ist mehr der Vertreter der Textilindustrie und des Textilhandels, deren Konjunkturaussichten außerordentlich schlecht sind, während die FZ. ein ausgesprochenes Blatt der Bank- und Börsenwelt ist, die ein sehr günstiges Jahr hinter sich haben. Die Banken haben Riesengewinne zu verzeichnen, die Aktienkurse haben sich binnen Jahresfrist rund verdoppelt.

Es kann nicht geleugnet werden, daß im Jahr 1926 der Auflösungsprozeß der deutschen Wirtschaft aufgehalten worden ist, aber damit ist keineswegs gesagt, daß er zum Stillstand gekommen und ein Rückfall nicht mehr möglich ist. Wenn der englische Bergarbeiterstreik nicht gewesen wäre, so hätte es keinen Aufschwung gegeben. Der Aufstieg bezieht sich lediglich auf die Industrien, die den Ausfall der englischen Produktion deckten. Kohle und Montanindustrie, die beide vor dem Streik danierlagen, haben der gesamten Wirtschaft neue Lebenssäfte gegeben. In Deutschland stieg die Kohlenförderung, die Anfang des Streiks 307 000 t betrug, auf 421 000 t und ging damit erheblich über den Vorkriegsstand hinaus. Aus den Haldenbeständen im Betrage von 10 Mill. t. flossen den Gruben 200 Mill. Mark zu. Die Förderung stieg um ein Drittel, der Absatz über die Hälfte und die Ausfuhr sogar um das

Vierfache. 14 Hochöfen wurden neu angeblasen. Die deutsche Roheisenerzeugung stieg in der Streikzeit von [illegible] auf 933 000, die an Rohstahl von 899 000 auf 1 174 000 und die an Walzwerksprodukten von 791 000 auf 978 [illegible]. Die Reichsbahngesellschaft ermäßigte die Einschränkungssätze von [illegible] Proz. im Juli auf 20 Prozent im November. Die Reichsbahn verlier nach ihrer eigenen Schätzung an dem Streik 100 Mill. Mark. Die Konkurse, welche noch im Januar 3441 betrugen und im April auf 2116 sanken, gingen mit dem Beginn des Streiks noch stärker zurück, so daß im Oktober nur noch 616 zu verzeichnen waren. Im Januar gingen Wechsel im Betrage von 47,8 Mill. zu Protest und im Oktober nur noch 5,2 Mill. Die Zahl der Erwerbslosen stieg vom Oktober 1925 bis Januar 26 von 364 000 auf 2,031 Millionen ohne Kurzarbeiter und Ausgesteuerte, eine Verfünffachung in 3 Monaten. Die Ziffer stieg im Februar auf 3 055 928 sank bis März auf ca. 1 942 000, blieb dann konstant und ging bis Oktober ständig zurück. Im November begann wieder der Aufstieg, der sich im Dezember und Januar fortsetzte. Nach „Wirtschaft und Statistik" waren am 1. 1. 27 ca. 1 850 000 Arbeitslose zu verzeichnen, davon 150 000 Ausgesteuerte, also Arbeitslose, die über 1 Jahr schon feierten. Der „Vorwärts" schätzt ihre Zahl auf 2 bis 2,5 Millionen. Auf ganz Europa ohne Rußland nimmt er 8—9 Millionen Erwerbslose an, so daß ca. ¼ auf Deutschland entfällt. Die große Konjunkturwelle hat also an dem Bestand des Arbeitslosenheeres nur wenig geändert; 83 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind voll beschäftigt. Der Produktionsindex der wichtigen Grundstoffe hat zum ersten Mal die Rekordziffer des Jahres 1913 im Oktober 26 um 8 Prozent überstiegen. Die Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter, die im Oktober 1925 den Höchststand von 78,36 Millionen hatten, waren im Oktober 26 80,68 Millionen Mk., so daß die Riesenkonjunktur eine monatliche Steigerung der Ausgaben für Arbeitslöhne von 2,5 Millionen oder 3 Prozent brachte.

Im Jahre 1926 war im reinen Warenverkehr der Außenhandel in den ersten 11 Monaten mit 125 Millionen Mark aktiv, während er in der gleichen Zeit im Jahre 1925 mit 3 592 Mill. passiv war. Die Exportkurve stieg in derselben Zeitspanne um 371 Mill. Mark, also nur im Umfang des englischen Streikexports. Trotz dieser Erhöhung bleibt der Export noch um 25 Prozent gegenüber 1913 zurück. Es geht aber nicht parallel damit, eine gleiche Entwicklung des inneren Marktes. Charakteristisch für die gesamte Produktionsentwicklung ist, daß trotz steigender Bevölkerungsziffer die Nahrungsmittelproduktion nur um 13 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen, während die Industrierohstoffproduktion eine Erhöhung von 25 Prozent aufweist. Der Index für Industrieprodukte sinkt ständig, während er bei der Lebenshaltung eine aufsteigende Tendenz zeigt. Irgendwelche Aussichten auf Steigerung der Kaufkraft sind infolgedessen nicht gegeben.

Die wichtigste Feststellung aus der Bilanz des Jahres 1926 ist die Tatsache, daß der Produktionsapparat der kapitalistischen Gesellschaft läuft und auch akkumuliert, während auf der anderen Seite allein in Europa 8—9 Millionen Arbeitslose sind, Arbeitslose, die innerhalb der eingerichteten und noch weiter durchzuführenden Rationalisierung keine Aussichten auf Arbeit mehr haben. Die Produktion hat die Vorkriegshöhe erreicht und hat sich in immer stärkerem Maße zu einer Produktion der Produktionsmittel entwickelt. In der Ausschaltung der Millionenmenge von Proletariern hat sich gleichzeitig der Kreis der für den Absatz in Betracht kommenden Massen verringert und wird dadurch der die Rationalisierung hervorgerufene Abbau der Unkosten wieder wettgemacht. Neue Absatzgebiete sind aber nicht geschaffen und besonders für Europa wird die Situation mit der sich in den außereuropäischen Gebieten vollziehenden Industrialisierung immer schwieriger. Selbst wenn es dem deutschen Kapital gelingt, die Arbeitslosenarmee durch weiteren Raubbau an den Arbeitenden noch mitdurchzuhalten, so unterwühlt es doch auf diese Weise seine [illegible]. Demgegenüber gilt es die Offensive zu ergreifen [illegible] Prozeß der [illegible] des Proletariats vorzubereiten. Die Taktik der Erwerbslosenunterstützung [illegible] den revolutionären Geist zerstören. Die Sozialpolitik, die früher der Steigerung der Lebenshaltung diente, hat jetzt den [illegible] Zweck zu erfüllen. Sie ist zur Armenpflege geworden. Dies drückt sich auch in der neuesten Gesetzgebung der Krisenfürsorge aus. Die Arbeitslosenarmen bildet aber auch ein dauerndes Druckmittel gegen die Arbeitenden und führt schließlich zu einem völligen Willkürregiment der herrschenden Klasse. Der Kampf gegen diese Entwicklung kann nicht mit gewerkschaftlichen Mitteln gestützt werden, weil sie zwangsläufig ist. Dies zeigt sich auch am klarsten in ihren politischen Auswirkungen. Der Kapitalismus kann nicht mit kapitalistischen Mitteln überwunden werden. Dazu bedarf es der revolutionären Tat.

Politische Rundschau

Die Freundschaft der litauischen Konterrevolution mit Moskau

Die Moskauer Drahtzieher, die über die Opfer der litauischen Konterrevolution jammern, entlarven sich in der Inprekorr Nr. 7 folgendermaßen.

„Noch im Jahre 1925 haben diese gleichen christlichen Demokraten, als sie an der Regierung waren, Genossen Tschitscherin begeistert in Kownow empfangen. Später reiste eine litauische Wirtschafts-Delegation mit dem christlich demokratischen Führer, dem katholischen Geistlichen Steponawitschiu an der Spitze, zu Verhandlungen nach der Sowjet-Union und gaben sehr günstige Berichte sowohl über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union, wie auch über die Interessiertheit Litauens an der wirtschaftlichen Annäherung der Sowjet-Union ab."

Dazu ist zu bemerken, daß die KP. Litauens während der Regierungsperiode, in der die christlichen Demokraten vertreten waren, illegal sein mußte und auf dem revolutionären Proletariat ein schamloses Zuchthausregiment lastete. Trotzdem mußte die KPL. diese Regierung, die die Schrittmacherin des offenen Faschismus war, unterstützen. Sie mußte wegen der Freundschaft dieser Henkerregierung mit Moskau eine Regierung unterstützen, von der sie vogelfrei erklärt wurde. Das ist der Gipfel der nur denkbaren Selbsterniedrigung und der schamloseste Verrat am Proletariat, der sich überhaupt denken läßt.

Aber Moskau setzt erneut seine Hoffnung auch auf die jetzige Mordregierung. Es heißt in demselben Artikel:

„Während der Vorsitzende der litauischen faschistischen Regierung, der Nationalist Woldemaras, der tatsächlich keinerlei Macht besitzt (warum dieser Bluthund Vorsitzender ist, bleibt das Geheimnis Moskaus. Red. d. „KAZ."), der Sowjet-Union seine freundschaftlichen Beziehungen zu ihr und die Unverletzbarkeit des Garantievertrages, der mit der Sowjet-Union abgeschlossen worden ist, beteuert, tritt der Führer einer anderen Regierungspartei, die unbedingt die weitaus größte Rolle in der Politik Litauens spielt, als die Partei der Nationalisten auf und erkärt, daß sie völlig bewußt gegen den Garantievertrag mit der Sowjet-Union gekämpft habe, und kämpfen werde."

Die Sorgen Moskaus sind also lediglich die, ob ihm diese Mordregierung den Vertrag einst kündigt. Mögen Tausende von Proleten gehenkt werden. Nach mehr: Wenn diese Mordregierung mit Moskau den Vertrag hält, haben nach Bucharin die Kommunisten „zum Siege des Blocks der beiden Verbündeten beizutragen", denn dann gehört Litauen in die Reihe der „Unterdrückten Völker" und die Parole der KPL. wäre, ihre Regierung im Kampfe gegen den „inneren Feind" noch zu unterstützen, ihre eigenen Genossen aufzuhängen. — — Gegen eine solche „Strategie" ist kein Wort geprägt worden.

Sozialfaschisten als Kronzeugen für die KPD.

[illegible] versucht immer, die Enthüllungen [illegible] Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie durch Rußland als gegen die Konterrevolution gerichtet darzustellen. Wie komisch, blödsinnig und [illegible] auf den Kopf gestellt das ist, beweist die KPD. selbst dadurch, daß sie gezwungen ist, alle offen konterrevolutionären Organisationen als Kronzeugen für sich zu reklamieren. Dieses Mal ist es die ASPS. — die sich bisher immer selbst nach Angabe der KPD. als schlimmste Arbeiterverräter gezeigt haben —, welche für die KPD. zeugen muß. Die „NAZ" der KPD. Niedersachsen bringt dazu folgenden Auszug aus „Der Volksstaat", Organ der ASPS. unter der Ueberschrift: „Eine Antwort auf Künstlers Gasangriff":

„Wir können nicht finden, daß es sich hier um sehr welt-bewegende Dinge gehandelt hat; nachdem die Franzosen, Amerikaner und Engländer Blaukreuz und Gelbkreuz in Masse herstellen, kann man es den Russen nicht verübeln; denn schließlich hat England Angriffsabsichten auf Rußland und Rußland nicht Angriffsabsichten auf England. Die Veröffentlichung beweist nicht das, was Künstler beweisen wollte; wenn sie etwas beweist, so nur das, daß Künstler sowohl wie auch die Zeitungen, die seine Unterredung abdruckten, bar allen politischen Instinktes sind, daß außerdem Künstler sich nur auf die Kunst einfältiger Wichtigtuerei versteht. Wenn Künstler und seine Nachbeter nämlich politischen Instinkt besitzen würden, dann würden sie erkannt haben, daß sie mit der Verbreitung dieser Unterredung nur den Interessen des englischen Imperialismus dienen, der sich gegenwärtig anschickt, den Angriff auf Rußland vorzubereiten und et in seine Rechnung auch die deutsche Arbeiterschaft einbezieht, die englische Söldnerdienste in diesem englischen Vorgehen gegen Rußland übernehmen soll. Man ordnet sich hier solchen englischen kriegerischen Absichten unter und bildet sich gleichzeitig ein, damit die Befriedigung der Welt zu fördern . . ."

Wir selbst können der KPD. ebenfalls bestätigen, daß die Fabrikation von Giftgranaten, Bewaffnung der weißen Horde und „Vaterlandsverteidigung" für die Kapitalisten keine weltbewegenden Dinge sind. Es ist für sie eine „korrekte Sache", wie es bisher und in Zukunft auch für alle Sozialdemokraten ist.

Die Enthüllungen sind der SPD. taktische Regierungsmanöver. Sie kann sich diesen Luxus erlauben, weil im Vordergrund die Mißkreditierung des KPD.-„Kommunismus" steht und die durch die Verschärfung der Klassengegensätze rebellierenden Proletarier in ihren Klauen behält.

Für denkfähige Proletarier aber sollten die Enthüllungen Anlaß zum Einschwenken in die kommunistische Klassenfront sein.

Salon Gewerkschaft

New York, 11. Januar.

„Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, Green, sandte an den Vorsitzenden der mexikanischen Gewerkschaften ein Schreiben, in dem er die Gewerkschaften Mexikos auffordert, anläßlich des Kirchenstreites und des amerikanisch-mexikanischen Petroleumkonflickts eine gemäßigte Sprache zu führen, d. h. sich neutral zu verhalten und von Calles abzurücken. Falls die mexikanischen Gewerkschaften fortfahren, für Calles einzutreten und gegen die amerikanischen Rechte zu agitieren, droht Grenn mit dem Abbruch der bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaftsverbänden."

Die aus dem Reformismus geborene Fratze der Verteidigung der Interessen der einzelnen nationalen Bourgeoisien drückt sich international in allen Handlungen der Gewerkschaften aus.

Selten so eindeutig und klar sichtbar in seinen Interessen zeigte er sich im Konflikt von „Nation" zu „Nation" wie den jetzigen zwischen Nordamerika und Mexiko. Nie ist so offen brutal um die Puofitquellen gekämpft worden.

Die Gewerkschaften aber stehen zu ihrer Bourgeoisie. Die mexikanischen Gewerkschaften haben noch die Scheinillusion eines Kampfes um „Recht" und Fortschritt für sich, während die nordamerikanischen Gewerkschaften durch ihre Note dokumentieren, daß sie für die offenen Expansionskämpfe ihrer Bourgeoisie sich einsetzen.

Wie oft noch wollen die Proletarier einen neuen 4. August erleben? Wie oft noch soll der Internationalismus der proletarischen Revolution mißkreditiert werden? Wie oft noch wollen sich die Proletarier als Schlachtvieh für die Bourgeoisie durch ihre Gewerkschaftsverbrecher mißbrauchen lassen.

Wie lange noch wollen die 3. Internationale Proletarier als Zuhälter dieser scheinheiligen, blutbesudelten Gewerkschaftsjudasse dienen?

Wie lange können diese Gewerkschaftskanaillen noch bei revolutionären Opfern von Pazifismus schwafeln, während sie in Hurrapatriotismus das Blut von Millionen Proletariern ihren Henkern ausliefern?

Proletarier denkt!

Reißt Euch aus den Ketten und Fangarmen dieser korrumpierten Mordbande los! Versumpft nicht in deren geistigen Prostitution.

Blutopfer sind für diese Lehre genug gebracht.

Konzentriert Eure Kräfte zu Betriebsorganisationen als Sturmkadres zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Für den Kommunismus!

Die KAPD. an den Gräbern der Revolutionsopfer

Die KAPD. hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß mit einem Berg von Kränzen das Vermächtnis der Toten nicht gefördert wird. Sie duldet auch am Grabe keine Einheitsfront der Lüge.

In diesem Jahre vollzieht die KPD. ihre an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begangene Leichenschändung mit einer nicht zu überbietenden Schamlosigkeit. Sie ist als Helferin der weißgardistischen Konterrevolution überführt und — gerade diese Tatsache veranlaßt sie ihre „Tätigkeit" auf das Gebiet der „Totenfeiern" zu verlegen, um durch Weihrauch und Maskerade ihre wirkliche Fratze zu verdecken.

Als am Sonntag, den 16. Januar die Genossen der KAPD. und der „Entschiedenen Linken" die Gräber der Erben besuchten, war schon die „rote Ordnung" in ihrer ganzen provozierenden Borniertheit etabliert. Schon in der zehnten Stunde waren „Rote Fontkämpfer" auf allen Wegen des großen Friedhofes postiert. Alle geschniegelt und gebügelt. Sie sperrten alle Wege ab, und ließen nur einen frei, der in großem Umweg zu den Gräbern führte. Sie hatten das Kommando ihrer „Massenaktion" übernommen und einzelne Genossen, die diesen Humbug nicht mitmachten, zwangen sie, trotzdem der Friedhof fast menschenleer war, den großen Umweg zu machen, weil sonst die „Ordnung" gestört werde. Bis sie von den Genossen der KAPD. belehrt wurden, daß die Dummheit des Proletariats auch Grenzen hat.

Am Grabe selbst hat die KPD. ein großes Denkmal errichten lassen. Den Auftrag gab sie sich selbst. Höchst selbstverständlich ist ihr das Monopol über die Gräber überhaupt. Auf dem am Denkmal angebrachten Vorbau stehen stumm und dumm eine lange Reihe Frontkämpfer und lassen rote Fahnen herunterhängen. So dicht, daß nicht ein einziger Schuh noch Platz finden kann.

So mußte ein Genosse der KAPD. den ersten am Aermel nehmen und ihn hinter den zweiten stellen. Denn auch die KAPD. hat gerade in diesem Jahre auch an dieser Stelle ihre Stimme zu erheben.

Es war eine ganz ungewöhnliche Situation: In Reih und Glied mit der „Totenwache" stehend, deckte der Genosse im Auftrag der Partei das ruchlose Spiel der KPD. auf. Angefangen mit Verrat am Proletariat durch die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden von Amsterdam zeigte er die Linie, die zur Bewaffnung derselben Soldknechte führte, die einst die Toten meuchelten, — und rief er hinaus, daß das revolutionäre Proletariat nicht eher ruhen wird, bis diese Schande abgewaschen sein wird.

Hin und wieder ging ein Murren durch die stumme Totenwache, doch nur vorübergehend. Nachdem die Genossen als Abschiedsgruß in ein Hoch auf die Parole: Alle Macht den Räten, der Parole der toten Kämpfer, eingestimmt hatten, war ihre Mission beendet. Mag auch momentan noch die Lüge triumphiert durch einen Berg von Kränze, — selbst solchen von der Sozialdemokratie — womit der schlichte Kranz des revolutionären Proletariats verdeckt wird. Das revolutionäre Proletariat wird diese Lüge entlarven und im Geiste der Gemeuchelten die in den Schmutz getretene Fahne vorantragen.

Des Nachts

Von Eugen Leviné.

Wie geht es dem Genosssen Leiba?

Leiba ist der älteste in unserer Zelle. 45 Jahre alt. Lange silberne Fäden ziehen sich durch sein Haar. Wie er vor drei Monaten zu uns kam, war er noch ganz schwarz. Er ist Buchbinder von Beruf. In seiner Wohnung war jahrelang die Geheimdruckerei der Partei. Dann ist er verraten worden. Er weiß, lebenslängliche Verbannung ist ihm gewiß. Dabei hat er eine Frau und sechs Kinder. Wird er sie mitnehmen können nach Sibirien? Wird er sie dort ernähren können? Ich weiß es, die Sorge quält ihn bei Tag und bei Nacht. Aber bei Tage läßt sich Leiba nichts merken. Er ist gleichmäßig heiter, scherzt mit den Jungen, streitet über parlamentarische Probleme. . . Doch des Nachts, da übermannt es ihn. Wenn alle schlafen, steht er auf, geht barfuß lautlos auf und ab. Sechs Schritt — kehrt, sechs Schritt — kehrt. Den Kopf läßt er herabhängen, seine Gestalt ist gebeugt. Jetzt weiß er sich unbeobachtet. Heute Nacht ist er besonders gebeugt . . . und vergrämt . . . Er hat seine Frau gesehen . . . hat sie ihm schwere Nachrichten mitgeteilt? . . .

„Genosse Leiba, ich schlafe nicht."

Ich flüstere es ein zweites mal.

Er bleibt stehen und seufzt.

„Ihr habt es gut, ihr Jungen."

Ich schweige und warte.

„Ja, gut habt ihr's. Was ist Gefängnis? Was ist Sibirien? Na ja. Es ist schmutzig. Ungeziefer. Man ißt sich nicht satt. Man wird gedemütigt von diesen Hunden. Na ja. Aber was hat das zu sagen. Lächerlich. Man beißt die Zähne zusammen. Setzt sich darüber hinweg. Ja." . . .

Wieder schweigt Leiba. Ich warte. Wieder seufzt er ganz tief.

Dann fährt er fort:

„Aber sonst habt ihr keine Sorgen. Ob gut oder schlecht — alles kommt von selbst. Kurz ode lang — einmal hat alles ein Ende. Wenn man jung ist und allein steht. Aber unsereins?" . . .

Wieder versummt Leiba, macht eine abwehrende Handbewegung, wandert wieder lautlos weiter. Sechs Schritt — kehrt, sechs Schritt — kehrt. Ganz leise knarren die Dielenbretter.

Eine Weile scheint er zu kämpfen. Soll er's erzählen oder nicht.

Da bleibt er wieder stehen und fährt flüsternd fort:

„Heute war meine Frau da. Und die 8jährige Tania hat sie mitgebracht. Wo ist Sonia, die elfjährige, frage ich. Die mußte dem Nachbarn helfen, sagt die Frau. Ich wundere mich, die Frau weiß, die Aelteste ist mein Liebling. Und schon das zweitemal bringt sie sie nicht mit. Ich schweige also und wage nicht zu fragen. Sollte das Kind krank sein? Da sagt die Kleine plötzlich: „Weißt du, Papa, die Sonia hat so geweint, daß sie nicht mitkonnte, aber sie hat keine Schuhe mehr."

Leiba schweigt mit tief herabgesenktem Kopfe . . .

O diese Nacht, diese stickig dumpfe Nacht, wo wir ersticken zu müssen glaubten aus Mangel an Luft.

„Genosse, du hast mit Leiba gesprochen?" Ich sehe auf. Vor mir steht . . . die Hände verschränkt, Alexei. Er ist 40 Jahre alt . . . wegen Teilnahme an Agrarunruhen auf fünf Jahre verschickt. Ich habe selten einen so ganz ausgeglichenen Menschen gesehen wie diesen Bauern. Er ist von einer seltenen Güte und Weichheit.

Jetzt frägt er teilnahmsvoll.

„Leiba hat Sorgen?"

Ich erzähle ihm vom Gespräch.

„Kann man ihm nicht helfen?"

„Man muß an die Genossen in der Stadt schreiben, die müssen ihm helfen. Aber ob viel dabei herauskommt? Sie haben auch so schon alle Hände voll zu tun."

Alexei seufzt: „Gott sei Dank: Ich kann nicht klagen. Meiner Familie geht's zwar nicht gut, aber auch nicht sonderlich schlecht, hat viel — wie sonst. Das Land haben wir behalten. Die Frau kann schaffen. Die Söhne sind zwar erst 15 und 16, aber schaffen schon ganz tüchtig. Und die Nachbarn haben versprochen, wenn's nicht geht, einzuspringen für mich. Sie wissen es doch, ich gehe ja für die gemeinsame Sache in die Verbannung."

Reb Leiba wirft sich im Schlaf herum. Alexei nickt traurig: „wie er unruhig schläft, der Arme. Ja, die Sorgen."

„Warum schläfst du nicht, Alexei?" Alexei seufzt.

„Weißt du, es ist so'ne Sache. Ich hab's dir schon lange erzählen wollen. Zu dir habe ich Vertrauen. Weißt du, ich muß nach Archangelsk, weil ich damals, wie wir mit dem Gutsbesitzer wegen dem Pachtgeld Krach hatten, als Rädelsführer bezeichnet wurde.

Stimmt ja. Aber Beweise hatten sie nicht. Da kam die Sache nicht vor's Gericht. Administrativ kriegten wir 5 Jahre Verbannung. Zwölf Mann. Aber macht nichts — so bleibt noch mehr übrig, die es „weiter machen".

„Aber weißt du, was ich sonst gemacht habe? Das wissen sie nicht. Sonst wär's mir nicht so gut gegangen." Er machte eine bezeichnende Bewegung an den Hals: „Nicht weniger als das."

Rußland bewaffnet die Reichswehr

Sagt Pieck.

Laut „Rote Fahne" vom 20. Januar führte Pieck im Landtage aus:

„Die Tatsache, daß das Reichswehrministerium die in Moskau errichtete Flugzeugfabrik der Junkerswerke finanziell unterstützte und daß zur Uebermittlung dieses Geldes in Deutschland die bestehenden Privatbanken und in Rußland die bestehenden Staatsbanken benutzt wurden, ist allgemein bekannt. Auch die in der sozialdemokratischen Presse sensationell aufgemachten sogenannten Enthüllungen über die Existenz einer chemischen Fabrik zeigen nur den Versuch sozialdemokratischer Führer auf, mit großer Wichtigtuerei davon abzulenken, daß sie im Anschluß an die Veröffentlichung des Junker-Vertrages die unrichtige Behauptung aufstellten, daß Sowjetrußland Granaten an die deutsche Reichswehr geliefert hat."

Wenn also das Reichswehrministerium in Rußland Flugzeuge und Giftgase herstellt, wenn also der „Arbeiterstaat" die Reichswehr bewaffnet, so ist das nach Pieck nicht der Rede wert. Es ist „allgemein bekannt". Nur die Tatsache, daß Granaten geliefert wurden, ist nach Pieck „nicht allgemein bekannt".

Nach Pieck hat also die Reichswehr in Rußland Flugzeuge und Munition hergestellt für die Weltrevolution? Die Arbeiter, die das glauben, müßten eigentlich Seeckt zum Vorsitzenden der Komintern machen.

Aber davon abgesehen: das „Berliner Tageblatt" vom 6. Dezember schreibt halbamtlich:

Es wurden von deutschen Ingenieuren drei Fabriken eingerichtet, eine Fabrik der Junkerswerke, eine Granatenfabrik und eine Gasfabrik. Die Gasfabrik wurde eingerichtet, funktionierte aber nicht, die Granatenfabrik dagegen kam in Betrieb."

Nun wäre es doch ein leichtes, dem „Tageblatt" eine preßgesetzliche Berichtigung zu senden. Weil das nicht geschieht, nützt alles Reden nichts.

An einer anderen Stelle derselben „Roten Fahne" wird gegen Künstler polemisiert, der in einer Berliner Funktionärversammlung der SPD. erklärt habe, daß Pieck in einer Sitzung des politischen Büros alles zugegeben habe. Es heißt dann dort

„In der gestrigen Sitzung des preußischen Landtages stellte Genosse Pieck fest, daß die Behauptung Künstlers einem Bericht der politischen Polizei entnommen ist. In diesem Bericht sind die Ausführungen des Genossen Pieck falsch wiedergegeben, jedoch die Körperschaft, vor der sie gemacht wurden, ist richtig bezeichnet. Es war eine größere Funktionärversammlung der KPD."

Es wäre doch sehr einfach, in aller Oeffentlichkeit auszusprechen, was falsch und was richtig ist! Oder dürfen das die Proleten nicht hören? — Im übrigen genügen ja auch diese Eingeständnisse schon vollkommen. Wir sind gespannt auf weitere „längst bekannte Tatsachen", die die KPD. wird zugeben müssen, weil die Sozialdemokratie die ganze Schweinerei offiziell mitmachte, und deswegen besser unterrichtet ist wie die KPD.-Zentrale.

Die KPD. unter dem Schutze der Klassenjustiz

Das Reichswehrministerium fordert gegen Künstler einen Prozeß wegen Landesverrat, der in der Aufdeckung der Verbindung der deutsch-russischen Konterrevolution bezüglich der Verlegung der deutschen Rüstungsindustrie nach Rußland liegen soll. Ob das Eingreifen des Reichswehrministeriums auf einen Wink Moskaus zurückzuführen ist, ist nicht ausgeschlossen. Die deutsche Bourgeoisie möchte ihre Geheimnisse vor der Entente hüten, und Moskau vor dem Proletariat. Der Prozeß, wenn er zustande käme, könnte nur die Tatsache bestätigen könnte, daß SPD. und KPD. gemeinsam mit den deutschen Regierern zur Zeit Rathenaus an der „Verteidigung des deutschen Vaterlandes und des „Arbeiterstaates" beteiligt war. Daß Geßler der SPD. den Gefallen tut, und ihr Gelegenheit gibt, den Rivalen zu erdolchen, ist eine Sache, die so nebenbei abfällt. Daß aber die Arbeiter erfahren, warum die KPD. mit frecher Stirn lügen kann, müßte sie veranlassen, sich die Frage vorzulegen, ob denn diese Einheitsfront in der Verteidigung des „Arbeiterstaates" und der KPD. von Pieck bis Geßler nicht mehr „enthüllt", als nötig ist.

Proletarisches Notizbuch

Die „Ordnung" herrscht in Java. Zwei Angeklagte wurden zum Tode, einer zu lebenslänglichem Gefängnis, drei weitere zu 8—15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Blutregiment in Litauen dauert an. Wie die IRH. aus Kowno meldet, teilt die militärische Kommandantur des Kreises Kowno mit, daß in ihrem Kreise 70 Prozesse zur Aburteilung von Kommunisten in Vorbereitung sind.

Der Dollarimperialismus der USA. sucht sein „Recht" über die Oelfelder in Mexiko durch ein „Schiedsgericht", das er einsetzen lassen will, zu legalisieren, um zu beweisen, daß die Demokratie marschiert. Solange dies „Recht" nicht gesprochen ist, sprechen es die Kanonen.

Brandler und Thalheimer wurden befehlsgemäß in der „Parteiarbeiter-Konferenz" der KPD. Berlin durch eine Resolution zur Mitarbeit aus der Ferne qualifiziert. Sie sollen aber noch nicht zurückkommen von wegen der „linken Stimmungen". Ernst Mayer spielt bereits die erste Geige und wird dafür sorgen, daß ihre sozialdemokratischen Bandwürmer prompt durch Tor gehen.

Den 3. Todestag Lenins benutzt die „Rote Fahne" zu einer weltgeschichtlichen Totenbeschwörung. Sie schlägt die „Ultralinken" noch mit der Leiche Lenins tot, ohne zu begreifen, daß all diese Mätzchen den wahren Zweck eines solchen Götzendienstes nicht verschleiern können.

Zuhälter der Wels-Stalin-Hindenburg-Front

Es [illegible] daß Moskau eine „Opposition" künstlich schuf, um rebellische Arbeiter durch diese „Opposition" aufzufangen und sich in ihrer eigenen Prinzipienlosigkeit totlaufen zu lassen. Diese Erscheinung haben wir auch gegenwärtig zu verzeichnen. Wir haben hier in Deutschland die „selbständigen Verbände", die formell außerhalb der Komintern stehen. Wir sind weit davon entfernt, sie in ihrem subjektiven Wollen alle in einen Topf zu werfen. Aber wir mußten schon vor einiger Zeit in der „KAZ." berichten, daß der „Bekleidungsarbeiterverband" mit Schuhmacher an der Spitze sich bereit erklärte, durch Vermittlung Moskaus sich Amsterdam anzuschließen. Es ist ganz selbstverständlich, daß Schuhmacher, wenn er das Moskauer Eisen im Feuer behalten will, nichts unternehmen darf, was gegen die konterrevolutionäre Politik Moskaus verstößt. Und wer bürgt angesichts dieser Prinzipienlosigkeit dafür, daß die „Opposition" Schuhmachers keine Komödie, und er trotz alledem kein Agent Moskaus ist. Wir wissen heute, daß die „Rote Gewerkschaftsinternationale" lediglich zu dem Zweck geschaffen wurde, um die Arbeiter, die den Verrat Amsterdams auf keinen Fall mehr mit machen wollten, aufzufangen, um so einer wirklich revolutionären Bewegung den Boden zu entziehen. Angesichts dieser Tatsache wäre es nicht verwunderlich, wenn hinter solchen „revolutionären Gewerkschaften" die Hand Moskaus steckte, das diese Sorte von „Selbständigen Verbänden" als Wall um Amsterdam lagert, um den Massenausbruch aus dem gelben Sumpf zu verhindern.

Als weitere Beispiele der Moskauer Strategie erscheinen die Fraktion Urbahns-Scholem-Ruth Fischer-Korsch, und in gewerkschaftlicher Beziehung der „Deutsche Industrie-Verband". Erstere lassen in ihren Auslassungen durchblicken, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland wohl Tatsache sei, aber es müsse dies im Interesse der Revolution verschwiegen werden. Der „Deutsche Industrie-Verband" eröffnete anläßlich der Stellungnahme der KAPD. zu der Einheitsfront Stalin—Hindenburg eine unverschämte Hetze gegen die KAPD. und AAU., und behauptete, die KAPD. wäre von irgendwo bezahlt, „dessen Brot sie esse". Im übrigen leugnete der „Deutsche Industrie-Verband" alles noch dümmer ab, wie selbst die „Rote Fahne", ohne daß es ihm zum Bewußtsein kam, daß er sich in einem Artikel dreimal widerlegte. Der „Geschäftsführende Hauptausschuß" der KAPD. richtete darauf folgende Schreiben an den „Deutschen Industrie-Verband" und die Scholem-Urbahns-Fraktion:

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Geschäftsführender Hauptausschuß.

Berlin, 10. Januar 1927.

An den „Deutschen Industrie-Verband"
Berlin C 2, Jüdenstr. 24.

Die „Enthüllungen" des „Manchester-Guardian" haben zu Auseinandersetzungen sowohl zwischen den Parteien der Bourgeoisie, als auch zu solchen innerhalb der Arbeiterbewegung geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Soweit sich bis heute feststellen läßt, hat diese Diskussion auch die außerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften und der 2. Internationale stehenden Arbeiter in zwei Lager geteilt. Die einen erklären, das es sich nur um ein niederträchtiges Schwindelmanöver handelt, die anderen jedoch, das ungeachtet der Tatsache, das die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften von diesen Dingen nicht erst durch Veröffentlichung des „Manchester Guardian" erfuhren, sondern in diese Tatsachen eingeweiht waren, und ihre Entrüstung Demagogie ist, das revolutionäre Proletariat der Sache auf den Grund gehen und sowohl die Demagogie der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, als auch die konterrevolutionäre Politik Rußlands restlos entlarven muß.

Ihr habt ebenfalls bereits zu dem deutsch-russischen Militärbündnis Stellung genommen. Wir können jedoch nicht umhin zu erklären, daß Eure Stellung im höchsten Maße zweideutig, im Endeffekt eine unbegründete Parteinahme für Moskau und auf eine direkte Verleumdung des revolutionären Proletariats hinausläuft. Ihr schreibt z. B. in Eurem Organ im Dezember 1926, Nr. 50:

„Für das revolutionäre Proletariat kommt es nicht so sehr darauf an, **von wem die Munition geliefert ist, mit der die Konterrevolution die Interessen des Kapitals schützt,** als vielmehr darauf, wer der Konterrevolution die Gelegenheit gibt, überhaupt ihr Haupt emporrecken zu können."

Diese Stellung drückt aus, das Ihr (oder zumindest die Körperschaft, die diese Stellung zum Ausdruck bringt; also die Reichsleitung, der auch die Presse unterstellt ist) die Belieferung der deutschen Reichswehr durch Rußland nicht zu leugnen wagt. Ihr erklärt jedoch, daß es **„nicht so sehr darauf ankommt"**, wer der Konterrevolution die Muniton liefert, sondern darauf, „wer der Konterrevolution Gelegenheit gibt, überhaupt ihr Haupt emporrecken zu können." Ihr „vergeßt" dabei, daß durch die Bewaffnung der Konterrevolution durch Rußland derselben nicht minder „Gelegenheit" gegeben wird, ihr Haupt emporrecken zu können.

In Nr. 1 Eures Organs vom Januar 1927 widerruft Ihr dies Zugeständnis wieder. Ihr schreibt:

„**Die Lügenhetze des „Vorwärts"** von den Sowjet-Granaten und der Munitionslieferung Rußlands an die deutsche Konterrevolution **ist nicht nur elend zusammengebrochen**, sondern neuerdings haben sich auch die Hintergründe dieser Lügenhetze etwas aufgehellt. Die ganze Angelegenheit stellt sich als der Versuch einen künstlichen Nebel zu erzeugen, heraus, um folgende Tatsachen zu verschleiern."

In demselben Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Geschäfts- und Hetzpolitik" bestätigt Ihr aber erneut:

„Die Junkers-Flugzeugwerke, die auf Grund der einschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrages versucht hatten, ihren Flugzeugbau nach Rußland zu verlegen, **haben diese Verbindung mit Rußland seit dem Frühjahr 1925 gelöst.** Diese Junkers-Werke, deren Hauptsitz Dessau ist, **standen in engster Geschäftsverbindung und** Transaktion mit dem Deutschen Reich, d. h. mit dem Finanz- und Wehrministerium."

Ihr widerlegt also selbst aufs neue Eure Behauptung, daß es sich nur um eine Lügenhetze handelt, die zusammengebrochen" ist, indem Ihr zugebt, das erstens bis zum Jahre 1925 die Verbindung der Junkerwerke mit Rußland bestand, und zweitens die Junkerswerke selbst in engster Geschäftsverbindung und Transaktion mit der Reichswehr und dem Reiche selbst gestanden haben.

Wir kennen die Gründe nicht, die Euch veranlassen, ein am Proletariat von der SPD, den Gewerkschaften und Rußland gemeinsam begangenes Verbrechen zu verteidigen, das Ihr selbst bestätigen müßt. Noch dunkler erscheint uns aber ferner Eure Stellungnahme zur KAPD. und AAU., deren Geschichte und Tradition Zeugnis davon ablegen, daß sie niemals in einer Einheitsfront mit der Konterrevolution stand, auch nicht in den Jahren, als SPD. und KPD. gemeinsam die militärische Verbindung des deutschen Kapitals mit Rußland durch Schweigen dachten sich im Ruhrkrieg zur gemeinsamen Vaterlandsverteidigung zusammenzufinden; — und gegen die Ihr in dem schon erwähnten Artikel folgende unerhörte Verleumdung schleudert:

„Wenn nun auf diese Art die Grundlagen des „Vorwärts"-Schwindels bloßgelegt sind, so bleibt noch ein Wort zu sagen über die Interessengemeinschaft zwischen den Hyper-Ultrarevolutionären vom sogenannten Spartakus- **und der KAPD.** mit den Reformisten, die gerade bei dem Schwindel über die Sowjetgranaten augenfällig in die Erscheinung trat. Der Haß, der von dieser Seite gegenüber Sowjetrußland stets in der unflätigsten Weise zum Aus- Sowjretrußlands stets in der unflätigsten Weise zum Ausdruck gebracht wird, **dürfte andere, und zwar allem Anschein nach klingende Gründe** haben, als derjenige der Reformisten. Das kindliche Vergnügen, sich ständig an uns reiben zu wollen, können wir den KAP.-Männern gerne lassen, betonen aber, daß wir es anständiger und den Interessen des Proletariats dienlicher halten, Sowjetrußland **trotz der vielen**, in letzter Zeit begangenen schweren Fehler, besonders in der Gewerkschaftsfrage, zu stützen, selbst wenn wir dabei, wie der „Kampfruf" sich auszudrücken beliebt, in unserer Treue einem geprügelten Köter gleichkommen, als aus **geschäftlichen** Gründen eine ebenso unsinnige, wie verwerfliche Hetze gegen Rußland mitzumachen. **Für diejenigen, die eine andere Methode befolgen, kann man höchstens als Entschuldigung anführen, daß sie nach dem Sprichwort handeln: Wessen Brot ich eß' dessen Lied ich sing'!"**

Wir brauchen nach dem oben gesagten nicht weiter begründen, daß Ihr hier lediglcih versucht, Eure eigene unhaltbare Stellung durch unbegründete Verleumdungen zu verschleiern, wobei Ihr den demagogischen Trick von der „Einheitsfront" mit den „Reformisten" anwendet. Wir fragen in diesem Zusammenhange nur, ob man von einer „Einheitsfront" reden kann, wenn Ihr gegen **dieselben Gewerkschaften** ankämpft, gegen die auch z. B. die „gelben Verbände" kämpfen, um die Lächerlichkeit Eurer Demagogie zu zeigen. Die anderen Verdächtigungen halten wir für schmutzig, um überhaupt darauf zu antworten.

Dagegen ist die KAPD. der Meinung, daß das revolutionäre Proletariat ein Interesse daran hat, die Intrigien der kapitalistischen Klasse restlos aufzudecken und die Hellershelfer der Bourgeoisie zu entlarven. Das kann jedoch nur durch eine ernste und sachliche Untersuchung der gesamten Zusammenhänge der russischen Politik geschehen.

Wir übersenden Euch daher einen „Offenen Brief", den die KAPD. an die Zentrale der KPD. richtete und verlangen von Euch, daß ihr zu diesem Dokument in derselben grundsätzlichen Weise Stellung nehmt. Ihr müßt entweder die Richtigkeit der in diesem Dokument enthaltenen Stellung anerkennen, — oder aber Ihr müßt weiter Eure Stellung verteidigen.

Eine baldige Beantwortung unseres Schreibens halten wir für selbstverständlich.

An die KPD.-Opposition (Gruppe Urbahns-Scholem).

Wir übersenden Euch anbei einen Offenen Brief, den die KAPD. an die Zentrale der KPD. richtete, und in dem die Stellung der KAPD. zu dem deutsch-russischen Militärbündnis begründet ist. Die KAPD. ist der Meinung, daß es eine unumgängliche Notwendigkeit für das rev. Proletariat ist, Aufklärung über das deutsch-russische Militärbündnis selbst, und darüber hinaus über die Zusammenhänge der Politik des heutigen Rußland, zu schaffen. Eure Gruppe bestreitet die Tatsache des deutsch-russischen Militärbündnisses an sich nicht. Scholem gab im Reichstag anläßlich der Rede der „Entsch. Linken" z. B. folgende Erklärung ab:

„Die Ansichten, welche der Abg. Dr. Schwarz hier ausgesprochen hat, entsprechen in keinem Punkte den kommunistischen Grundsätzen. Die unterzeichneten Abgeordneten haben mit diesen Ausführungen absolut nichts zu tun. Die Opposition in der KPD. tritt nach wie vor nur im Rahmen der kommunistischen Internationale für die Ansichten des revol. Kommunismus ein."

Die Erklärung trägt die Unterschriften: Scholem, Schwan, Schütz, Ruth Fischer und Urbahns, und ist als die Stellung Eurer Fraktion anzusehen.

In dieser Erklärung wird jedoch mit keinem Wort auf das Thema selbst eingegangen, geschweige denn die Tatsache selbst bestritten. Sie drückt lediglich aus, daß Ihr „im Rahmen der Kommunistischen Internationale für die Ansichten des revolutionären Kommunismus kämpfen" wollt, und Eure kommunistischen Grundsätze sich demnach mit einer solchen Zweideutigkeit sehr gut vereinbaren lassen.

Noch deutlicher wird diese Eure Zweideutigkeit in Eurem „Mitteilungsblatt". Ihr schreibt in Nr. 1:

„Die außenpolitische Orientierung der deutschen Bourgeoisie ist weder östlich noch westlich; vielmehr glauben diese bürgerlichen Politiker sowohl die östliche Großmacht, die Sowjet-Union, wie die Differenzen der westlichen Großmächte, zunächst Frankreichs und Englands, für sich ausnützen zu können. Daher vertuschen sie die sozialdemokratischen Enthüllungen und begnügen sich mit der Freude, daß die schmutzigen Manöver der „ehrlichen Pazifisten" von der SPD. wenigstens Verwirrung in der Arbeiterklasse anrichten können. Eben aus diesem Grunde sind auch Reden, wie sie der KAPD.-distische Parlamentarier Schwarz im Reichstag gehalten hat, für die Arbeiterklasse nur von Schaden. Er hat mit Schadenfreude die „Enthüllungen" der Sozialdemokratie bestätigt, **ohne sich die Frage vorzulegen, zu wessen Nutzen solche „Enthüllungen" gemacht werden."**

Hier gebt Ihr selbst zu, daß Ihr die Wahrheit deswegen nicht sagen wollt, weil sie für das Proletariat schädlich wäre deshalb, weil die Sozialdemokratie Nutzen daraus ziehen könnte.

Wir sind der Meinung, daß mit der restlosen Aufklärung eines solchen Verbrechens am Proletariat, von dem die Sozialdemokratie wußte und bis heute ebenfalls schwieg, die Schuldigen insgesamt, einschließlich der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entlarft werden würden. Wir sehen dabei ganz davon ab, das ein Verschweigen der Wahrheit in jedem Falle ein Verrat am Proletariat ist, soweit es sich um Dinge handelt, deren Verschleierung zu gleicher Zeit eine Irreführung des Proletariats bedeutet. Im vorliegenden Falle bestätigen diese „Enthüllungen" erneut den konterrevolutionären Charakter des heutigen Rußland und seiner Politik. Der Einwand, das die Enthüllungen durch die Sozialdemokratie „schmutzigen" Beweggründen entspringt, ist zwar eine nicht ungeschickte Demagogie, würde aber in seiner logischen Anwendung bedeuten, jenes Verbrechen am Proletariat zu decken, wenn es von einem anderen Verbrecher aus „schmutzigen" Gründen aufgedeckt wird.

Die KAPD. hat an die Zentrale der KPD. einen offenen Brief geschrieben, in dem sie den unbestreitbaren Nachweis

erbringt, daß die Bewaffnung der deutschen Reichswehr eine Tatsache, und diese Tatsache nur ein Glied in der Kette der konterrevolutionären Politik Rußlands ist. Wir schlagen Euch vor, diesen Brief ebenfalls in Eurem Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, sowie auch ganz öffentlich zu diesem Briefe Stellung zu nehmen. Wir sind bereit, auch Eure Antwort auf unseren Brief in unserem Organ, der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Geschäftsführender Hauptausschuß.

•

Der „Deutsche Industrie-Verband" teilte dem „Geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD." brieflich mit, daß es in seiner nächsten Reichsleitung, die angeblich Ende Januar oder Anfang Februar tagt, zu dem Briefe Stellung nehmen werde. Von der Fraktion Scholem-Urbahns ist eine Antwort nicht eingelaufen.

Wir meinen, daß die Proleten im DIV. zumindest so viel proletarische Ehrlichkeit und Initiative aufbringen müssen, um einmal Aufklärung darüber zu verlangen, mit welchem Recht eine solche durch nichts begründete Verleumdung in die Welt gesetzt wird, und weiter darüber, ob ihre Organisation die Pflicht hat, im Interesse der Revolution proletarische Klassenpolitik zu treiben, oder ob sie ein Spielzeug in den Händen von Leuten ist, die nicht wissen, — oder nur zu gut wissen — was sie wollen. Der „Geschäftsführende Hauptausschuß" sandte dem DIV. ebenfalls den „Offenen Brief" der KAPD. Wir fragen hiermit an: Wenn die Zustimmung der Reichsleitung zu einer solch ungeheueren Verleumdung und einer unglaublichen Blamage, wie wir sie in dem Briefe kennzeichnen, nicht nötig ist, warum ist die Veröffentlichung des „Offenen Brefes" nicht möglich, der eine rein objektive Zusammenstellung von Dokumenten ist, aus denen hervorgeht, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland und unter Assistenz der SPD. und KPD., Tatsache ist. Indem die Mitglieder des DIV. die Frage stellen: dient diese Organisation proletarischen Klasseninteressen oder den undurchsichtigen Plänen einzelner Personen, beantworten sie die Frage, ob sie als Organisation eine Erklärung geben will für die Verleumdung der Arbeiter in der KAPD. und AAU., und ob weiter ihre Organisation dazu in der Lage ist, **sachlich** zu dem „Offenen Brief" der KAPD. Stellung zu nehmen. Wir glauben nicht, daß diese „Führung", nachdem sie sich derartig kennzeichnete, ohne — den Mitgliedern vielleicht nicht sichtbare — Hemmungen arbeitet, und verlangen von den Arbeitern des DIV. eine klare proletarische Antwort.

•

Zur Schweigsamkeit der Scholem-Fraktion

wird folgende Information gute Dienste leisten:

In einem öffentlichen Diskussionsabend, der am Mittwoch, den 12 Januar in Berlin-Lichtenberg stattfand, erklärte ein Vertreter der Scholem-Fraktion (Jocko), als offizieller Redner seiner Fraktion, in die Enge getrieben, folgendes:

„**Ich sage nicht, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland nicht wahr ist.** — Aber wir sind keine Philosophen, die die „absolute Wahrheit" suchen, sondern wir stellen die Frage politisch, das heißt, die Frage steht für uns so: Ist es für das Proletariat nützlich oder schädlich, die Frage überhaupt zu stellen? Diese Frage beantwortet die Fraktion mit **Nein!**"

Wenn wir bis jetzt noch nicht gewußt haben, was „Leninismus" ist, jetzt wissen wir es! Die Fragen, die zu „stellen" sind, und auch **wie** sie zu „stellen" sind, bestimmen die „revolutionären Führer". Sie alleine wissen — und sie stellen sich dazu gegenseitig das Recht der Sachverständigkeit aus — was dem unmündigen Proletariat nützlich ist — und was ihm schaden könnte. Sie alleine bestimmen, ob eine Frage in das Reich der himmelblauen Philosophie gehört, oder ob sie für die Orientierung der Arbeiterklasse und ihrer gesamten Politik von erdenschwerer Tragweite ist. Die Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Rußland als der Ausfluß der gesamten Politik der III. Internationale ist für die Fraktion Scholem eine Frage, die für das Proletariat ungefähr so wichtig ist, als die, welche Wirkung eine bestimmte Menge Alkohol auf einen Makäfer ausübt. Die Voraussetzung für eine solche Politik ist natürlich, daß das Proletariat dem „Marxismus" solcher erlauchter Führer und diesen selbst unbegrenztes Vertrauen entgegenbringt. Neben dem absolut sicheren Kompaß, den ein solcher „Marxismus" darstellt, bürgt der in diesem „Marxismus" zum Ausdruck gebrachte Größenwahn dafür, daß diese einzigen Leninisten (nach Jocko ist die Mehrheit der Moskauer Internationale unmarxistisch von der KAPD. gar nicht zu reden) dafür, daß das Proletariat sie nur auf den Schild erheben braucht, um durch epochemachende Männer blind und taub in den „Sozialismus, wie sie ihn auffassen", hineinzutorkeln. Dieser „Marxismus" gab auch den Schlüssel für die gesamte Politik der Scholem-Fischer-Leute. Zur Rede gestellt, warum sie denn, als **sie** am Ruder wären, keine andere Politik getrieben hatten als die Brandler-Zentrale, erklärte Jocko, daß sie nach einem abgeschlossenen **Kompromiß** „Politik" getrieben hätten, und ein Leninist aus Disziplin auch etwas vertreten müsse, von dem er überzeugt sei, daß es falsch sei! So offenbarte Jocko auch die moralischen Qualitäten seiner Fraktion, und gestand so nebenbei ein, daß sie aus leninistischer Disziplin selbst die Schweinereien mit durchgeführt hätten. Die Arbeiter der KPD., die sich auch nur mit dem Gedanken tragen, irgend eine Gemeinschaft mit solchen Leuten einzugehen, müssen hoffnungslos verblendet sein.

Es erübrigt sich, auseinanderzusetzen, warum **solche Intriganten** ohne den „revolutionären Parlamentarismus" nicht auskommen. Sie sind jederzeit zu kaufen, sie entscheiden ja selbst, ob eine Frage für sie wichtig genug ist, um sie zu „stellen".

Vollversammlung der Erwerbslosen der Union, Montag, den 31. Januar 1927, mittags 1 Uhr, Lokal: Rückertstr. 7. — **Thema:** Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben.

•

Fraktion Germaniastr., Rückerstr. 7, Mittwoch, den 26. 1. 27, 12 Uhr mittags. Thema: Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?

Aus der Bewegung

Die unentschiedenen Leninisten

Sie erzählen Märchen über den KAP.-Standpunkt, um von ihrer eigenen Prinzipienlosigkeit abzulenken.

Die Moskauer Leninistenpäpste haben sich mit ihrem Ekkibrief vom Oktober 1925, der die schwere Krise in der KPD. auslöste, unstreitbar ein großes Verdienst erworben: sie haben in aller Oeffentlichkeit einen Spiegel aufgestellt, in welchem jeder der zahlreichen Fraktionen der deutschen Kominternsektion unweigerlich ihr wahres politisches Gesicht zeigen muß. Die Arbeitermassen brauchen nur einen Blick in diesen Spiegel zu werfen, um zu erkennen, wie die einzelnen Gruppen der KPD. zu den Lebensfragen des proletarischen Befreiungskampfes stehen.

Die politische Stellung der revolutionären KPD.-Opposition, d. h. der Gruppe „Entschiedene Linke", ist in unseren Spalten schon oft beleuchtet worden. Weniger bekannt ist noch die Orientierung jenes „linken Oppositions"-Blockes, der offiziell von Urbahns-Scholem — (dem Wesen nach aber auch mit von Korsch, Maslow und Ruth Fischer) — geführt wird. Die Urbahns-Scholem haben es merkwürdigerweise monatelang vorgezogen, sich in den Schlupfwinkeln nichtöffentlicher Tätigkeit zu verkriechen und den entschieden linken KPD.-Arbeitern den schweren Kampf gegen die Ekki-Beamten allein zu überlassen. Erst als ihre letzte Hoffnung: der Einspruch bei der Erweiterten Exekutive in Moskau, krachend in Scherben ging, haben die Urbahns-Scholem den Mut gefunden, wenigstens vierzehntägig einmal

---

Ein Querschnitt
durch Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, national und international ist ein Abonement auf die Monatsschrift der KAP.

Proletarier
zum Preise von 50 Pfennig für das Heft von der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Heft 1 1927
enthält: Die Stabilisierung der Barbarei — Maschinensklaverei oder Technologie — Klassenkämpfe in England — Die Entwicklung der SPD. — Das Mekka der kap. Welt — Mexiko, das Land der Pfaffen und Oelkönige — Die pol. Oekonomie des Rentners — Ein Sieg der Gewerkschaften — Republikanischer Karneval — Keine Hölle mehr?

Literatur
Diese Rubrik unterrichtet jeweils über die im letzten Monat erschienenen Bücher, Broschüren und Zeitschriften, die für oder gegen den Sozialismus und Kommunismus Stellun nehmen. Unter der Rubrik

Bücherbesprechungen
werden Neuerscheinungen besprochen, Inhalt und Tendenz angedeutet, wertvolles empfohlen und Unwichtiges als solches gekennzeichnet. Die nach Bedarf erscheinende Rubrik

Kunst Kino Radio
befaßt sich mit revolutionärer Kunst, Film, Bühne, Konzert, Radio, soweit sich diese mit der Arbeiterbewegung beschäftigen oder für die Arbeiterklasse von Interesse sind.

Nicht viel lesen
lehrt den Arbeiter seine Mission in der Arbeiterbewegung erfüllen, sondern das wichtigste und richtig lesen, in konzentrierter Form, folgerichtig, dialektisch. Deshalb:

Lies den Proletarier

---

mit einem Mitteilungsblatt auf den Plan zu treten. (Zur Veranstaltung öffentlicher Arbeiterversammlungen fehlt weiterhin die Courage — aus Anst vor innerpolitischen Repressalien der ZK.-Bonzen und vor der Kritik der revolutionären KPD.-Opposition.)

Was hat nun die Fraktion Urbahns-Scholem zu sagen auf die Frage, welche praktischen Schlüsse aus der Krise der KPD. zu ziehen sind? In ihrem „Mitteilungsblatt" Nr. 2 (Mitte Januar 1927) fühlt sich diese auch „linke" Gruppe auf Grund der Beschlüsse des Zentralausschusses der „Entschiedenen Linken" veranlaßt, 3 Spalten einer schneidigen Attacke gegen den „KAP.-ismus" zu reiten. (Daß die Urbahns-Scholem für diese Arbeit drei Spalten verwenden, beweist, daß ihnen das Feuer auf den Nägeln brennen muß.) Die zur Rettung der Nep-Internationale sich empfehlenden „linken" Leninisten vergießen natürlich Krokodilstränen darüber, „daß die KAP. als Partei die in unserer Partei (! d. Red.) entstehenden Stimmungen für sich ausnutzt." (Warum dies die Urbahns-Scholem **nicht** können, wird weiter unten noch aufgezeigt.) Nach dieser Klage über einen solchen „Erfolg" der Politik unseres ZK." wird schweres Geschütz aufgefahren, um die springlebendige und so freche KAP. in Grund und Boden zu schießen. Die „Anti-Gesetzlichkeit" ist der große Nagel, mit dem die Gruppe Urbahns-Scholem den vermaledeiten „KAP.ismus" ans Kreuz schlägt. Sie haut mit aller Energie zu:

„Das ganze Gerede von „Anti-Gesetzlichkeit" ist spießbürgerliche Wichtigtuerei und typisch **anarchistisch**. Es ist sinnlos für die Zeit nach der Machteroberung, da das siegreiche Proletariat, indem es seine Klassendiktatur aufrichtet, **seine Gesetz** aufstellen wird. Es ist leer vor der Machteroberung, zumal in einer Zeit, wo die Bourgeoisie über solche Tiraden lediglich lächelt. Gesetze sind ein Ausdruck der bestehenden Klassenverhältnisse. Da das revolutionäre Proletariat die Klasse der Bourgeoisie besiegen will und seine eigene Klasse zur herrschenden Klasse machen will, will es damit auch die bürgerlichen Gesetze abschaffen. Das geschieht aber nicht durch Deklamitionen über „Anti-Gesetzlichkeit", zumal auch jede einzelne Lohnzahlung, jeder Steuerabzug nach den Gesetzen der jetzt herrschenden Bourgeoisie geschehen. Jeder im Betrieb stehende Arbeiter . . . jeder Arbeitslose, der seine schäbige Erwerbslosenunterstützung erhält, handelt ganz bieder, gesetzlich, trotz seiner „Anti-Gesetzlichkeit"; er nutzt selbstversändlich die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aus, wenn er ungesetzlicherweise entlassen wird oder wenn er keine Erwerbslosenunterstützung erhält. Wozu also die leeren Redensarten?"

Der Hieb hat gesessen. Seht, Proletarier: „KAP.ismus" — das ist bei Lichte besehen **Marxismus**, hat also mit leninistischer Religion nichts zu tun!

Wir müssen allerdings auch gestehen: wenn der „KAP.-ismus" **so** aussehen würde, wie ihn die Urbahns-Scholem abmalen, dann würde er sich absolut nicht von den Hirngespinsten anarchistischer Spießbürger unterscheiden. Doch die Wirklichkeit sieht natürlich ganz anders aus! Nur Leute, die noch nie einen tiefen Blick in die Presse und Programmbroschüre der KAP. geworfen haben, können solchen **Unsinn** zusammenschreiben, wie wir ihn oben wiedergegeben haben. Jeder kommunistische Proletarier weiß, daß die von der KAP. propagierte Anti-Gesetzlichkeit ihren politischen Ausdruck findet in der reolutionären Massenaktion der Arbeiterschaft, die sich bewußt gegen den kapitalistischen Staat und seine parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen richten muß. Von hausbackenen Dingen von Lohnzahlung, Steuerabzug, Erwerbslosenunterstützung usw. aber zu „beweisen", daß diese **revolutionäre** Anti-Gesetzlichkeit „spießbürgerliche Wichtigtuerei und typisch anarchistisch ist, ist wirklich leicht. Nach dieser Logik der Urbahns-Scholem muß jeder richtiggehende KAP.-Proletarier eigentlich aus der hochkapitalistischen Welt auswandern und in einem fernen Urwald auf Bäumen „antigesetzlich" hausen. Auf diesen politischen Selbstmord der KAP.-Mitglieder werden jedoch die Scholemisten leider vergeblich warten müssen, so sehr sie ihn auch ersehnen und deshalb den KAP.-Standpunkt in anarchistische Utopisterei umzufälschen versuchen.

Der Blödsinn, den die Fraktion Urbahns-Scholem über den antigesetzlichen Charakter der KAP.-Politik verzapft, zeigt schon zur Genüge, wes Geistes Kinder diese „linken" Oppositionshelden sind. Zur Ergänzung seien nur noch die folgenden Sätze des „Mitteilungsblattes" zitiert:

„Die KAP.-isten hatten seinerzeit allerlei neue Formen von Gewerkschaften erfunden. . . . Keine dieser Ersatzgewerkschaften hat auch nur den geringsten Wirtschaftskampf zu führen vermocht."

„Neue Formen von Gewerkschaften erfunden." Das hat die KAP. schon jeher den auchlinken KPD.-Führern neidlos überlassen, die mehr als einmal die Amsterdamer mit „roten" Gewerkschaften (den „selbständigen" Verbänden) niederkonkurrieren wollten und dabei noch stets kläglich unter den Schlitten kamen. Die von der KAP. hingegen propagierte Allgemeine Arbeiter-Union hat mit „Ersatzgewerkschaften" ungefähr so viel oder so wenig zu tun, wie ein Löwe mit einer toten Katze, — was allerdings die Weisen der Gruppe Urbahns-Scholem nie begreifen werden. Und wenn der Einfluß dieser revolutionären Klassenkampf-Organisation heute noch gering ist, so ist das nicht zuletzt mit die große Schuld der Scholem-„Linken", die in den vergangenen Jahren auf Befehl der russischen NEP.-Leninisten ebenfalls alles getan haben, um die Macht der Amsterdamer Konterrevolution zu erhalten und zu stärken. Heute kommen diese „linken" Demagogen aber het und wälzen die Verantwortung für die Folgen ihrer Politik einfach auf die Opfer ihrer revolutionsschädlichen Handlungen ab. Freches, politistisches Gesindel, das ihr seid!

Die ganze Schreibe der Fraktion Urbahns-Scholem über den „KAP.-ismus" kann faktisch nur den Zweck haben, das Proletariat über ihren eigenen politischen Bankrott und ihre Prinzipienlosigkeit hinwegzutäuschen. Bis heute hat nämlich dieser „linke" Oppositionsblock noch keinen positiven Weg gezeigt, der aus dem Sumpf der offiziellen KPD.-Politik herausführt. Die Urbahns-Scholem **können** dies einfach **nicht**! Sie sind ja nicht erst seit gestern unfähig zur Verfolgung einer revolutionären Klassenpolitik. **Diese „Linke"** war bekanntlich schon ein einziger Versager, als sie auf dem Frankfurter Parteitag (1924) die Führung der KPD. übernahm. Damals hatte sie günstige Gelegenheit, endlich das Steuer der deutschen Sektion herumzuwerfen, denn in ihrer „Plattform"-Broschüre heißt es (Seite 14 und 53) selbst: „Die Zeit vom Frankfurter Parteitag bis zum Anfang des Jahres 1925 war die einzige Periode in der Existenz der KPD., wo die **Partei geschlossen, einheitlich** und krisenlos leben konnte." Und was war das Resultat dieser „Geschlossenheit" und „Einheitlichkeit"? Ein **Nichts**, oder besser gesagt, der **Bankrott**, wie das folgende Bekenntnis auf Seite 42 verrät: „Der **Einfluß der Kommunisten sinkt**, **während mit der Auffüllung der Gewerkschaften** und unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Scheinopposition in Zoll- und Steuerfragen **breite Massen wieder sich den Reformisten zuzuwenden beginnen**". — Also die „Plattform"-„Linken" waren, als sie die innerparteiliche Macht besaßen, vollkommen unfähig, den Brandler-Kurs durch eine revolutionäre Politik abzulösen. Sie hatten eben nur die gegen den Oktoberverrat 1923 rebellierenden Parteimitglieder mit linken Phrasen zu beruhigen, sie konnten den Prozeß der opportunistischen Verseuchung der KPD. nicht aufhalten und gerieten so durch ihre eigene Unfähigkeit in die Sackgasse des Oktober 1925.

Jetzt, nach ihrer Abhalftung, entlarven sich die Urbahns-Scholem immer mehr als die typische Fraktion der politischen Grundsatzlosigkeit. Die russische Frage ist eines der beweiskräftigsten Beispiele dafür. Die „Plattform"-„Linken" laufen Sturm gegen die zwangsläufigen Auswirkungen des russischen NEP.-Kapitalismus auf die Politik der Moskauer Internationale — und erklären gleichzeitig, daß sie nicht wie Schwarz und die KAP. die NEP. ablehnen! Sie fordern nur, daß die Stalin-Leute abgesägt werden müssen, weil sie von der Linie des Leninismus „abgewichen" sind. Die Urbahns-Scholem glauben durch einen Führerwechsel die in der russischen Wirtschaftsentwicklung begründete Krise der leninistischen Sektionen überwinden zu können und sind damit glücklicherweise angelangt bei der Verteidigung der **bürgerlichen** Geschichtsauffassung, daß „große Männer die Geschichte machen". Daß diese „linke" Auffassung auch das beharrliche Schweigen der Urbahns-Scholem-Gruppe in der Frage der russischen Munitionslieferungen für die deutsche Reichswehr bedingt, sei der Ergänzung halber noch erwähnt. In der Praxis ist also der Standpunkt der Scholem u. Gen. ein Politik des unentschiedenen Leninismus, der für revolutionäre Arbeiter weder Fleisch noch Fisch ist.

Mitteilungen

Groß-Berlin.

Die für Mittwoch, den 26. Januar 1927 angesetzte Funktionärversammlung fällt aus.

14. Bezirk. Am Freitag, den 28. Januar findet ein öffentlicher Diskussionsabend der Entschiedenen Linken im Lokal „Ideal-Kasino" mit dem Thema: „Vorwärtshetze, Sowjetgranaten, Proletariat" statt. Die Genossen werden aufgefordert diesen Abend zu besuchen. 14. Bezirk.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.
Am Dienstag, den 25. 1. 27, abends 7,30 Uhr: Berliner Arbeitsausschußsitzung in Lichtenberg an alter Stelle.

•

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Neukölln.
Am Mittwoch, den 26. Januar, abends 7,30 Uhr, findet in Neukölln im Jugendheim, Bergstr. 29, Zimmer 19, ein öffentlicher **Werbeabend** der KAJ. statt. Sämtliche Jugendgenossen Neuköllns müssen dort erscheinen. Alle interessierten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sind eingeladen, jugendliche Unions- oder Parteigenossen müssen ebenfalls erscheinen. — Sympathisierende junge Proletarier sind unbedingt mitzubringen. Alle Partei- und Unionsgenossen sind verpflichtet, ihre Kinder zu dieser Versammlung zu schicken. — Es gilt eine gute Jugendbewegung in Neukölln aufzurichten, einen Sammelplatz zur Heranbildung für die revolutionäre Jugend, für das Fundament des proletarischen Befreiungskampfes. Jeder Genosse muß mithelfen!

Die Gruppenleitung der KAJ. Neukölln.

Pressefond: Gen. O. Franke, Wriezen 1,—; Gen. H. Voigt, Berlin-Buch 1,20; Gen. E. Böhme, Dresden-A. 0,30 Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O 1[illegible]

8. Jahrg. Nr. 7 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Januar 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Besitzbürgerblock

Mehrere Wochen schon geht der Kampf um die neue Regierung. Die Sozialdemokratie hat die Regierung Marx gestürzt. Sie wollte damit erreichen, daß die bisherige stille Koalition mit den Parteien der Mitte zu einer offenen werden sollte. Die Rolle als fünftes Rad am Wagen, das zwangsläufig mitrollen muß, ohne den geringsten Einfluß auf die Lenkung des Wagens zu haben, hatte zu außerordentlich unerquicklichen Situationen für sie geführt. Sie war gezwungen, den immer mehr nach rechts gehenden Kurs der Marxregierung zu decken. Die Gegenleistungen waren gering und ihr Einfluß auf die gerade jetzt in Gang kommende Sozialgesetzgebung so verschwindend, daß die Belastung schließlich größer wurde als der Nutzen. Die bisherige Taktik einer Realpolitik mit „kleinen Erfolgen" war nicht mehr durchführbar, da die Regierung Marx mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten begann und in allen Fragen sozialpolitischer Art mit der Rechten paktierte. Die Sozialdemokratie brauchte wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Radikalisierung der Arbeiterschaft ein ausgesprochenes Linksprogramm. Sie mußte das Schwergewicht auf eine Linksorientierung legen und suchte nach einer „republikanischen" Sammelparole. Dabei war ihr von vornherein klar, daß die sog. große Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei nicht auf einer wirtschaftlichen Einheitsfront aufgebaut werden konnte. Die in der Volkspartei zusammengeschlossene Fertigindustrie und die Schwerindustriellen des Zentrums waren aber auf ein ausgesprochenes „Arbeiter"programm im Sinne der SPD. nicht zusammenzufassen. In der Außenpolitik bestand der Gegensatz zu der Rechten nur auf dem Papier. Die Völkerbundspolitik hatte schon ihre Feuerprobe als Aufbaupolitik für das deutsche Kapital bestanden. Die Bedenken, die noch im August 1924 gegen ihre praktische Realisierbarkeit vorhanden waren, sind nicht nur längst beseitigt, sondern darüber hinaus hat das deutsche Kapital die Ueberzeugung gewonnen, daß sogar die Möglichkeiten zur Entfaltung eines neuen Imperialismus gegeben sind. Die Differenz zwischen den beiden kapitalistischen Gruppen beruht nur auf der Einschätzung des Tempos, in der die Bewegungsfreiheit des deutschen Kapitals völlig wiedergewonnen werden kann. Die Resultate der verschiedenen Friedenskonferenzen sind ihr in dieser Richtung zu mager. Zu einem Abbruch der „freundschaftlichen" Beziehungen kann und wird es auch die Deutschnationale Partei nicht kommen lassen. Dazu ist die Verschmelzung und Abhängigkeit vom Weltkapital zu stark geworden. Jede deutsche Regierung ist an die Locarno- und Thoirypolitik und den eisernen Klammern der wirtschaftlichen Notwendigkeit gebunden. Aeußerlich geht dies klar daraus hervor, daß die Person Stresemanns, der früher einer der verhaßtesten Männer bei den nationalen Parteien war, kein Hindernis einer Verbindung mit den Deutschnationalen bietet, sondern daß Stresemann und seine Partei zu den eifrigsten Förderern des Besitzbürgerblocks, wie ihn Wirth genannt hat, gehört.

Die Außenpolitik bildete bis jetzt den Zwang für das Fertigindustrie-, Handels- und Bankkapital mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten. Diese nahm innerhalb der deutschen Politik das Primat, die zweifellose Vorrangstellung ein, denn nur über sie konnte der Aufbau erfolgen. Die Wiederaufnahme in die „Völkergemeinschaft" und die damit verbundene Oeffnung des Weltmarktes für das deutsche Kapital waren die Voraussetzungen der Stabilisierung insbesondere für diese 3 Schichten, während ein Teil der Schwerindustrie und die Landwirtschaft den Aufbau ohne das Ausland aus eigener Kraft im scharfen Gegensatz und fortdauerndem Kampf gegen das Weltkapital durchführen wollten. Nachdem die Wiederaufbaulinie für die genannten drei Gruppen gesichert und ein Rückfall der Rechten nicht mehr zu befürchten war, bestand kein Hindernis für den Zusammenschluß sämtlicher Gruppen zu einer Einheit. Damit war aber auch die Rolle der SPD. zu Ende, ihre Unterstützung nicht mehr notwendig. Die Konzessionen in der Innenpolitik konnten aufhören und die gesamte Macht des Kapitals geschlossen gegen die Arbeiterschaft geführt werden. Das Schwergewicht kam nunmehr der Innenpolitik zu. Die Linke, die nur durch die in der Außenpolitik zusammenfallenden Interessen gewisser Kapitalsgruppen zusammengehalten war, mußte zur Auflösung kommen. Ihre heterogene Zusammensetzung führte zur Trennung.

In dieser Situation galt es für die Sozialdemokratie durch Betonung der trennenden Elemente die auseinanderstrebende Koalition wieder zusammenzuschweißen. Dazu gehörte vor allem die Staatsform, die Republik, und die Angst der Koalitionsparteien vor den durch den Sturz der Republik und die Aufrichtung der Monarchie hervorgerufenen Erschütterung der weltpolitischen Stellung Deutschlands. Als These setzte sie wie immer das Sprüchlein voran: Die Deutschnationalen bedeuten die Monarchie, die Monarchie ist aber identisch mit dem Abbruch der mühsam geschaffenen neuen Position und überhaupt der von nunmehr eingeleiteten Rückkehr auf den Weltmarkt. Die Abkehr von der großen Koalition heißt, „die Republik ist in Gefahr", die die erste Voraussetzung für die Sicherung der Locarnopolitik ist. Die Warnung ging besonders an das in der Demokr. Partei vereinigte Handelskapital, für das schon der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung mit schweren materiellen Verlusten infolge einer Einschränkung der Kredite bezw. durch den Verlust des sogen. Vertrauens zu einer weiteren friedlichen Einstellung des deutschen Kapitals verbunden sein kann. Die Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ist die Achse, um die sich die augenblickliche Krise dreht. In Frage steht lediglich, ob die Deutschnationalen ernsthaft gewillt sind, an ihr unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform festzuhalten. Deswegen hat auch das Zentrum, als der sog. Hindenburgbrief die Erweiterung der Koalition nach rechts verlangte, die Republik als eine für sie

„Hände weg von Sowjet-Rußland"

Einer der bekannten Tricks Moskaus ist die blöde Denunziation, daß die Konsequenz des Kampfes gegen den russischen Kapitalismus und seine Regierung natürlich auch die Unterstützung kapitalistischer Interventionen gegen Rußland sei. Man wirft die revolutionären Arbeiter in einen Topf mit Kautsky, der tatsächlich in der kapitalistischen Demokratie einen Fortschritt gegenüber der bolschewistischen Diktatur sieht und auf diese Weise hat man den äußerst geschmacklosen Ausdruck von den ultralinken Menschewisten erfunden. Der Zweck ist, das revolutionäre Proletariat zu diskreditieren. Im folgenden soll gezeigt werden, daß diese Methode lediglich auf den kleinbürgerlichen Horizont der Arbeiter berechnet ist, die Moskau heute noch folgen, und von denen Moskau glaubt, daß sie zu lebenslänglichem Schwachsinn verurteilt sind.

Wir **unterstellen** einmal, daß Rußland in der Tat ein proletarischer Staat ist, und nehmen das auch Kindern verständliche Beispiel, Deutschland würde diesem proletarischen Staat den Krieg erklären. Diese angenommene Voraussetzung schließt die Frage in sich, wie denn nun eigentlich dieser Arbeiterstaat verteidigt werden könnte. Wir sind der Meinung, daß alles Geschrei von „Hände weg von Rußland" nichts nützt, sondern daß diese Verteidigung im Kampfe gegen die deutsche Bourgeoisie mit dem Ziel der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg für die proletarische Revolution bestehen müßte. Also selbst vorausgesetzt, daß Rußland ein proletarischer Staat wäre, ist die Phrase von der „Verteidigung" eben eine Phrase. Diese Parole läuft dahin hinaus, die Bourgeoisie zur Neutralität zu „zwingen", zu „protestieren", wie dies die Sozialdemokratie kurz vor dem Kriege noch so kräftig tat. Das revolutionäre Proletariat lehnt diesen zinnoberroten Pazifismus ab, weil er das Proletariat der Bourgeoisie ausliefert und es in der Illusion wiegt, daß man im Kapitalismus Kriege verhindern könnte, ohne daß das Proletariat die Bourgeoisie stürzt und seine Macht aufrichtet.

Praktisch ist jedoch in diesem Falle die Frage, ob Rußland nun ein proletarischer, oder kapitalistischer Staat ist, von untergeordneter Bedeutung, das Proletariat hat in **jedem** Krieg die Aufgabe, die eigene Bourgeoisie anzugreifen. Ob es nun ein Krieg zwischen Italien und Deutschland oder Frankreich und Rußland ist. Das Proletariat darf sich auch in einem „neutralen" Lande nicht damit begnügen, zu schlafen. Es hat die Aufgabe, dem Kriege als der „Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln" seine eigene Klassenpolitik entgegenzusetzen, den Kampf um die internationale proletarische Revolution. Das ist der Standpunkt der revolutionären Proletariats und die einzig mögliche „Verteidigung" des Proletariats. Wir werden aber gleich sehen, daß sich auch hier zeigt, daß die Verteidigung proletarischer Interessen nicht identisch ist mit der „Verteidigung" Rußlands.

Woher kommt es, daß die Strategen Moskaus eine ganz einfache Frage absichtlich verdrehen, verschleiern, auf den Kopf stellen?

Es kommt ganz einfach daher, daß Moskau nicht die Revolution, sondern die „Verteidigung" seines „Vaterlandes" will, und daß vor dieser „Verteidigung" die proletarischen Interessen zurück zu treten haben.

Die Außenpolitik Moskaus ist keine proletarisch-revolutionäre, sondern bewegt sich in den Bahnen bürgerlicher Diplomatie. Rußland versucht mit einem Teil der bürgerlichen Staaten „Frieden" zu schließen, und seine Taktik ist im gegebenen Falle „mit Hilfe der Bourgeoisie eines Landes eine andere Bourgeoisie niederzuwerfen". Die Genossen eines solchen „verbündeten" Landes haben nach Bucharin die Pflicht zum Siege des Blocks der beiden Verbündeten beizutragen. (Protokoll des 4. Weltkongresses.) Moskau will also in den kapitalistischen Ländern, mit denen es im Vertragsverhältnis steht, den Burgfrieden des Proletariats mit der Bourgeoisie. Es ist ganz klar, daß dieser Burgfriede mit dem Kapital auch die Proletarier in anderen Ländern ihrer Bourgeoisie in die Arme treiben müßte. Während des türkisch-griechischen Krieges wurden in der Türkei die Kommunisten massenweise gehängt, ohne daß dies der Freundschaft der Regierungen irgendwelchen Abbruch tat. Moskau bewaffnete die deutsche Konterrevolution, weil es mit Hilfe des deutschen Kapitals den „Kampf gegen die Bourgeoisie eines anderen Landes führte". In diesem Falle fallen solche Länder immer unter die Rubrik: „Unterdrückte Länder", die man unterstützen müsse. Die Lächerlichkeit dieser Phrase kann man an dem „unterdrückten" Deutschland sehen, wo die Bourgeoisie ein wahres Schreckens- und Zuchthausregiment aufrichtete, während Moskau nicht etwa der unterdrückten Klasse half, sondern der Konterrevolution. Die gestürzte Regierung in Litauen erklärte die Kommunisten für vogelfrei, die [illegible] Litauens mußte unter der gestürzten Regierung ein illegales [illegible] fristen, während Litauen von Moskau in die Rubrik der Unterdrückten Staaten" eingereiht wurde, weil es einen V[illegible] mit diesem schloß. Selbst die jetzige Blutregierung wird heiß von Moskau umworben, und bis jetzt ist der litauisch-russische Vertrag noch nicht gelöst. Falls die faschistische Regierung diesen Vertrag innehält, kann sie nach Herzenslust weiter morden, das wird der großen Freundschaft keinen Abbruch tun.

Um das Wesen dieser konterrevolutionären verräterischen Politik zu verschleiern, müssen die Moskauer Strategen eine für das Proletariat klare Fragestellung auf ein ihrer Politik angepaßtes Gleis schieben. Daß ihnen das tatsächlich hier und da gelingt, beweist der mißglückte Ledebour der Fraktion der doppelten Buchführung, Professor Korsch. Er stellt in seinem Blättchen den kapitalistischen Charakter Rußlands inwandfrei fest, erklärt jedoch zu gleicher Zeit (auf einem öffentlichen Diskussionsabend), daß er im Falle eines Krieges gegen Rußland dieses (auch nach Korsch kapitalistische) Rußland „mit seinem Leibe decken würde". Abgesehen von der Heldentat, ein kapitalistisches Land mit „seinem Leibe" zu decken, wird ein richtiger deutscher Professor nie so einfach sprechen können, daß es Proletarier verstehen. Wir würden gern erfahren, wie denn nach Professor Korsch diese „Verteidigung" aussieht. Praktisch möglich ist sie nur im Burgfrieden mit der deutschen Bourgeoisie. Die „Theoretiker", die also so recht „gründlich" aussehen, entpuppen sich bei Licht — als gewöhnliche Hurrapatrioten und Kapitalsknechte, die die Verteidigung des Kapitals in einem eigens dafür erfundenen „Marxismus" einwickeln. Neben der Irreführung des internationalen Proletariats dient das Geschrei über den Krieg gegen Rußland auch noch dazu, die aufbrechenden Klassengegensätze in Rußland selbst mit einem patriotischen Nebel zu verdunkeln. Der dadurch gezüchtete Nationalismus soll das Proletariat an die Bourgeoisie in Rußland fesseln. Der Patriotismus soll die Klassenideologie vergiften, das Proletariat für die Konsequenzen der kapitalistischen Entwickelung blind gemacht werden.

Das revolutionäre Proletariat wird jedoch dessen ungeachtet, oder gerade deswegen unbeirrt seinen Kampf fortsetzen mit dem Ziel, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgabe. Der Haß der Renegaten aller Schattierungen kann uns nur ein weiterer Ansporn sein.